

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 4. Mai bis 9. Mai

(Stand: 09.05., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

dpa:

Bundesregierung will Sanktionen gegen Oligarchen besser durchsetzen

Die Bundesregierung will Sanktionen gegen russische Oligarchen besser durchsetzen. Dabei geht es darum, Vermögenswerte wie Luxusjachten, Villen und Flugzeuge einzufrieren. Um Probleme zu beheben, sollen bis zur Sommerpause des Bundestags gesetzliche Änderungen beschlossen werden. Das verlautete am Donnerstag aus Regierungskreisen. Bisher seien die Gesetze nicht aufs "Oligarchenjagen" ausgerichtet. Es seien in vielen Bereichen Verbesserungen nötig.

Zum einen sollen die Kompetenzen von Behörden klargestellt und erweitert werden. Zum anderen sollen russische Oligarchen, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, ihre Vermögenswerte offenlegen müssen. Dies soll straf- und bußgeldbewehrt sein. Oligarchen versteckten ihr Vermögen gerne hinter undurchsichtigen Unternehmenskonstruktionen, hieß es.

Zur Umsetzung von Sanktionen gegen russische Firmen und Oligarchen angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die Bundesregierung eine Taskforce eingerichtet. Einfrieren von Vermögenswerten bedeutet, dass diese zum Beispiel nicht verkauft werden dürfen.

Wie aus den Regierungskreisen verlautete, sind zwei Teile eines "Sanktionsdurchsetzungsgesetzes" geplant. In einem ersten Teil, das bis zur Sommerpause verabschiedet werden soll, sind kurzfristig umsetzbare Maßnahmen geplant - in einem späteren zweiten Teil Maßnahmen, die strukturell tiefergreifend sind.

Der erste Teil sieht unter anderem vor, dass Vermögensgegenstände sichergestellt werden können, bis die Eigentumsverhältnisse aufgeklärt worden sind. Die Aufgaben der Anti-Geldwäsche-Einheit FIU sollen um eine Vermögensermittlung erweitert werden. Sie soll

außerdem Sofortmaßnahmen ergreifen können, um Transaktionen mit möglichem Sanktionsbezug zu untersagen.

Erst vor kurzem war eine im Hamburger Hafen liegende Luxusjacht auf Basis der EU-Sanktionen festgesetzt worden. Die mit mehr als 500 Millionen Euro angeblich teuerste Luxusjacht der Welt wurde mit einem Verfügungsverbot belegt und darf damit "nicht mehr veräußert, vermietet oder belastet werden", wie ein Sprecher des Bundeskriminalamts gesagt hatte. Anfang März hatte es bereits Spekulationen um eine Beschlagnahme des Schiffs gegeben. Das Problem war aber der Eigentümersnachweis.

Im zweiten Teil des Gesetzes soll ein nationales Register für Vermögen unklarer Herkunft und für sanktionierte Vermögenswerte eingerichtet werden. Außerdem sollen etwa die Meldepflicht im Geldwäschegesetz in Bezug auf Sanktionsverstöße erweitert und eine besondere Hinweisgeberstelle eingerichtet werden.

Zusammenfassung - Sitzung des Länderarbeitskreises Russland des Ost-Ausschusses, 11:30 Uhr -13:00 Uhr, online

Der Länderarbeitskreis Russland des Ost-Ausschusses thematisierte erneut die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach Russlands Angriff auf die Ukraine. Beteiligt waren Vertreter des Auswärtigen Amtes und verschiedener Anwaltskanzleien mit Schwerpunkt Russland.

Kernaussagen:

- Wechsel im Russland/Belarusreferat des AA: Am 9. Mai übernimmt Mona Lenhardt die Referatsleitung von Tobias Tunkel.
- Krieg ist laut Putin in der „zweiten Phase“, was zeigt, dass die Ziele in der ersten Phase nicht erreicht wurden. Es tobt aktuell eine furchtbare Schlacht im Donbass. Russland versucht aus Fehlern der ersten Phase zu lernen. Ergebnis: Kriegsführung ist noch brutaler geworden, Angriffe auch auf Infrastruktur in der Westukraine. Kriegsführung aus der Distanz und unter Einsatz massiver Feuerkraft, mit großen menschlichen Verlusten und Kriegsschäden.
- Kriegsverbrechen müssen dringend strafrechtlich aufgearbeitet werden. Der Internationale Strafgerichtshof ist eingeschaltet wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Kriegsverbrechen. Das wird nicht aus der Welt zu schaffen sein, wenn es um diplomatische Lösungen geht
- Russische Kriegsziele offenbar mittlerweile etwas reduziert. Konzentration auf südliche und südöstliche Regionen der Ukraine. Möglicherweise Referenden in Cherson zu möglicher Unabhängigkeit und in den besetzten Donbass-Gebieten bezüglich eines Anschlusses an Russland.

- Verhandlungen gibt es auf reduziertem Niveau seit Budscha. Glaubwürdigkeit der Verhandlungen stehen aber in Zweifel. Die Verhandlungen scheinen von russischer Seite eher der Ablenkung zu dienen. Russland verlangt eine Art Diktatfrieden, was dann eine diplomatische Belohnung des Krieges für Russland wäre und daher nicht akzeptabel sein wird. Beide Seiten setzen derzeit auf eine Entscheidung auf dem Schlachtfeld.
- 6. Sanktionspaket der EU: Ziel der weitgehenden Isolation Russlands wird fortgesetzt, Russland soll Kosten dieser Aggression spüren. Dazu zählen auch Waffenlieferungen. Diskussion zu EU-Sanktionen sind aber derzeit noch im Gange.
- Ausweisung von 40 Diplomaten zuerst durch Deutschland, dann durch Russland. Deutschland hat dies aus Sorge um öffentliche Sicherheit getan, es habe sich nicht um wirkliche Diplomaten gehandelt. Die russische Seite hat dann letzte Woche 40 Diplomaten und Diplomaten auf deutscher Seite ausgewiesen. Insgesamt erschwert das den Dialog und die Funktionsfähigkeit der Botschaft. Von elf Kollegen der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft mussten 7 das Land verlassen. In Deutschland wird ad hoc-Struktur aufgebaut, um Kollegen in Moskau zu unterstützen.
- Die russische Seite ist bei Ausweisungen bislang streng reziprok vorgegangen. Von der EU-Delegation wurden alle bis auf einen Kollegen ausgewiesen. Viele Länder arbeiten mit extrem limitierter Besetzung. In den nächsten Tagen könnten noch weitere Länder betroffen sein.
- Insgesamt kein Eindruck einer Trendumkehr in Russland. Kooperationsansätze mit Russland beispielsweise im Energiebereich liegen komplett auf Eis, auch Ideen von Wasserstoffkooperationen. Neuansätze sind kaum zu erkennen, selbst wenn es einen Waffenstillstand geben würde.

Thema Investitionsschutz in Russland für ausländische Unternehmen

Über 400 Unternehmen haben angekündigt, Geschäftstätigkeit in Russland zu reduzieren. Viele Maßnahmen der russischen Seite widersprechen internationalen Rechtsvereinbarungen: Rückzahlung von Rechnungen in Rubel, Enteignung geleaster Flugzeuge etc. Russland begibt sich damit außerhalb anerkannter Rechtsprinzipien.

- Investitionsschutz basiert auf dem Völkerrecht durch Investitionsschutzabkommen. Demnach genießen Investoren bestimmte Rechte, es handelt sich um völkerrechtliche Verträge zwischen zwei Staaten. Es wurden hier Schutzrechte zugesichert. Dieser Rechtsschutz ist nicht zahnlos. Investoren können Russland vor internationalem Schiedsgericht verklagen.
- Russland hat weltweit zahllose Investitionsschutzabkommen, mit Deutschland, Frankreich, Niederlande etc. Daraus ergeben sich Garantien des Gastlandes: Faire und gleiche Behandlung, Schutz vor Enteignung ohne Entschädigung usw. Ist in Abkommen niedergelegt. Geschützt ist Investor des jeweils anderen Staates. Eröffnet Klagerecht.

- Das Investitionsschutzabkommen Sowjetunion-Deutschland von 1989 umfasst Eigentumsrechte, auch geistiges Eigentum, Schutz vor Diskriminierung, Schutz vor Enteignung, garantiert auch freien Kapitalverkehr. Ad-hoc-Schiedsverfahren könnten daher angestrengt werden.
- Dazu kommt Energie-Charta. Russland hatte sie unterzeichnet, nicht ratifiziert, aber sie ist rechtlich anwendbar. Auch aus Europäischer Menschenrechtskonvention ergeben sich Klagemöglichkeiten
- Ein Thema sind extraterritoriale Wirkungen russischer Maßnahmen in der Ukraine. Auch dadurch können sich Rechtsfolgen ergeben.
- Umgekehrt müssen Unternehmen rechtlich genau klären, wie sie sich aus Russland zurückziehen können: Was ist mit laufenden Verträgen? Enthalten sie weiterhin Rechte und Pflichten? Greift Force Majeure oder kann man mit dem Wegfall der Geschäftsgrundlage argumentieren? Ausschluss russischer Sportler – muss auch geprüft werden, die sind ja nicht mit dem Staat gleichzusetzen.
- Aus Nichteinhaltung von Verträgen könnten Ansprüche entstehen, es sei denn, man kommt über Force Majeure-Klauseln aus Verträgen heraus.
- Appell: Auch wir sollten das Recht nicht verlassen, auch wenn es der andere tut.

Russische Gegensanktionen:

- Thema Zwangsverwaltung von Unternehmen: Das ist nicht einfach umsetzbar, es fehlt Personal und Wissen. Aber wir befinden uns in irrationalem Umfeld, vieles ist hier in Russland nicht zu Ende gedacht.
- Problem russisches Gesetz gegen Beachtung westlicher Sanktionen: Wenn ein russischer Manager von der ausländischen Mutter beauftragt wird, westliche Sanktionen zu beachten, was droht diesem? Antwort: Bislang wird über derartige Gesetze in Russland nur diskutiert, noch nicht eingeführt. Vorbehalte in Russland, westliche Unternehmen zu vertreiben, lässt Sanktionsvorhaben verzögern. Risiken bleiben aber bestehen.
- Auswirkung von EU-Sanktionen (5. Paket) Einschränkungen von Dingen, die in Russland in Verkehr gebracht wird. Wenn diese Produkte von der russischen Tochtergesellschaft in Russland herstellen, könnte das ein Problem werden. Darf man diese Produkte in Russland noch in Verkehr bringen? Das gilt auch für Dinge, die mit den sanktionierten Produkten in Zusammenhang stehen.
- Enteignungsproblematik: Wie könnte es sein, wenn PCK Schwedt enteignet wird. Der Krieg tobt ja nicht nur mit Waffen sondern auch ökonomisch. Ist dann umgekehrt mit Enteignungen in Russland zu rechnen?

- Frage: Wie sind EU-Sanktionen gegen Buchhaltungs- und Beratungsleistungen gemeint? Das würde auch deutsche Berater in Russland stark treffen? Antwort: Thema ist noch nicht final entschieden. Bundesregierung versucht entsprechende Ausnahmegenehmigungen einzubringen. Erhebliche Risiken auch für deutsche Beratungsunternehmen.

- Appell aus der Runde: Alle Gremien nutzen, um in diesem Krieg zu vermitteln.

**Umfrage:
Einkäufer sehen massive Lieferkettenstörungen und erwarten vermehrt europäisches Sourcing**

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) hat deutsche Einkäufer nach den Folgen des Krieges in der Ukraine befragt. Jedes zehnte Unternehmen ist unmittelbar betroffen, viele andere sehen mittelbare Beeinträchtigungen. Eine direkte Folge sind Preissteigerungen, die von den Unternehmen an den Endkunden weitergereicht werden. Im Ergebnis werden Inflation und Preisdruck weiter steigen. Sollte ein Gasembargo umgesetzt werden, gehen über 75 Prozent der Firmen von Produktionsstillständen bei sich oder ihren Lieferanten aus. Die ökonomischen Folgen wären unabsehbar.

Der schon in der Corona-Pandemie einsetzende Umbau der Lieferketten wird durch die Ereignisse in der Ukraine weiter forciert. Europa und insbesondere die Länder der Europäischen Union werden als potenziell wichtigste Standorte angesehen.

https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/eventdocs/ergebnispräsentation_bme-umfrage-ukraine-krieg_02-05-2022_final.pdf

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

2. Terminübersicht

12. Mai: Online-Bürgerdialog „Krieg in der Ukraine: Die Konsequenzen für Europas Regionen und Kommunen“, 17:30 Uhr

Mit der am 24. Februar 2022 begonnenen russischen Invasion in der Ukraine haben sich nicht nur für die einzelnen europäischen Nationalstaaten und die Europäische Union die Maßstäbe für die Politikgestaltung massiv verschoben. Auch die Regionen und Kommunen Europas sind von der vielfach beschworenen „Zeitenwende“ betroffen. Vor allem Städte und Kommunen stehen vor der Herausforderung, die Unterbringung, Kinderbetreuung und psychologische Betreuung der Geflüchteten sicherzustellen. Von den rund 5 Millionen Geflüchteten sind nach Angaben der Bundespolizei mehr als 350.000 in Deutschland registriert worden. Welchen Beitrag kann die EU-Regional- und Kohäsionspolitik leisten, um die kommunale Ebene zu unterstützen? Wie kann die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten erleichtert werden? Wie können die Kommunen dazu beitragen, die Sanktionen gegen russische Oligarchen erfolgreich umzusetzen? Und welche Konsequenzen ziehen Europas Regionen und Kommunen aus dem Angriffskrieg für ihre Energieversorgung? Über diese und weitere Fragen möchten wir mit Ihnen reden!

Wir laden Sie am **Donnerstag, den 12. Mai 2022**, von **17:30 Uhr bis 19:00 Uhr** herzlich ein zu unserem ersten Online-Bürgerdialog **„Krieg in der Ukraine: Die Konsequenzen für Europas Regionen und Kommunen“** im Rahmen des neuen Projekts **„Krieg in der Ukraine – Bürgerdialoge zur Zukunft der EU“**, mit welchem die erfolgreiche bundesweite Bürgerdialogreihe der überparteilichen Europa-Union Deutschland (EUD) fortgeführt wird. Bringen Sie Ihre Anliegen und Fragen ein und treten Sie in den virtuellen Dialog mit:

Katarina Niewiedzial, Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration
Wolfgang Petzold, stv. Direktor für Kommunikation des Europäischen Ausschusses der Regionen
Uwe Zimmermann, stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

[JETZT HIER ANMELDEN](#)

12. Mai: Ukraine Krieg – Wo liegen die aktuellen Pain Points der Treasury? | online

Der anhaltende Russland/Ukraine-Konflikt beschäftigt Unternehmen in unterschiedlichen Bereichen, wobei die Berührungen im Treasury vielfältig sind. Zusammen mit dem Verband Deutscher Treasurer e.V. veranstalten wir zu diesem Thema ein Online-Event am 12. Mai 2022, 14:00 - 14:45 Uhr.

Das Ressort Risk Management und der Direktor Mittelstand im Ost-Ausschuss, Jens Böhlmann, gehen u.a. auf Ihre Fragestellungen ein, die Sie gerne bis zum 05.05.2022 an service@vdtev.de senden können, die anonymisiert im Online-Event behandelt werden.

Zur Anmeldung:

<https://www.vdtev.de/myvdt>

19. Mai: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Donnerstag, 14.00 Uhr MESZ

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland des Ost-Ausschusses möchten Sie **zur 4. Ausgabe** der Online-Veranstaltung via Teams einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Dienstag, 18. Mai um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Sollten Sie kein Mitgliedsunternehmen sein, aber Interesse an einer Teilnahme haben, wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (C.Schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (J.Boehlmann@oa-ev.de).

20. - 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidshon“

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidshon zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidshonische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidshonischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidshon“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidshan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ \(ahk.de\)](http://ahk.de).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Frau Turkan Maharramova (E-Mail: [turkan.maharramova\(at\)ahk-baku.de](mailto:turkan.maharramova(at)ahk-baku.de); Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 4. Mai)

FAZ:

EU verhandelt noch, G7 beschließen Ende russischer Ölimporte

In Brüssel wird weiter nach einer Lösung für jene EU-Mitgliedsstaaten gesucht, die besonders stark von russischen Öl-Lieferungen abhängig sind. Die großen Industriestaaten sind schon weiter.

In den Verhandlungen über ein Ölembargo gegen Russland haben die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission in den vergangenen Tagen „sehr große Fortschritte“ erzielt, aber keinen Durchbruch. „Wir haben noch Arbeit vor uns, um im Geiste der Solidarität die Garantien fertigzustellen“, die für die Ölversorgung jener Staaten nötig seien, die bisher über Leistungen aus Russland versorgt würden, teilten die französische Ratspräsidentschaft und die Kommission am Sonntag mit.

Dies betrifft vor allem Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik, die nicht über einen Meereszugang verfügen. Auch Bulgarien und Kroatien forderten mehr Unterstützung, wie Diplomaten berichteten. Dabei geht es einerseits um längere Übergangsfristen, andererseits um finanzielle Hilfe.

Die EU-Kommission hatte vorige Woche vorgeschlagen, dass der Import raffinierter Produkte aus Russland bis Ende Oktober und von Rohöl bis Ende des Jahres auslaufen soll. Ungarn und die Slowakei sollten zusätzlich ein Jahr und die Tschechische Republik ein halbes Jahr mehr Zeit bekommen. Dagegen forderte Budapest eine Frist von fünf Jahren. Verhandelt wird seitdem über weitere Konnektoren und Übergangshilfen für die Umstellung von Raffinerien.

Ungarn und Bulgarien verfügen über große Raffinerien, die auf russisches Rohöl ausgelegt sind und nur mit erheblichen zusätzlichen Investitionen andere Rohölsorten verarbeiten können. Auch Griechenland, Zypern und Malta drangen auf Garantien zum geplanten Transportverbot für russisches Öl. Diese Länder unterhalten große Tankerflotten und wollen verhindern, dass westliche Partner dieses Geschäft einfach übernehmen. Nach einer zwei Stunden langen Sitzung der Mitgliedstaaten war am Sonntagnachmittag von schwierigen technischen Fragen die Rede, die erst im Lauf der neuen Woche geklärt werden könnten.

Damit verfehlte die Europäische Union ihr informelles Ziel, das sechste Sanktionspaket an diesem Montag in Kraft zu setzen – als Kontrapunkt zu den von Russland organisierten Siegesfeiern.

Die Staats- und Regierungschefs der G-7-Staaten einigten sich am Abend darauf, sämtliche Ölimporte zu verbieten oder auslaufen zu lassen. Dies werde die „Hauptschlagader“ von Putins Volkswirtschaft treffen und ihm Einkünfte entziehen, die er brauche, um seinen Krieg zu finanzieren, hieß es in einer Mitteilung des Weißen Hauses. Die Videokonferenz fand unter Beteiligung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj statt.

Die amerikanische Regierung kündigte zudem weitere Sanktionen gegen – wie von der EU geplant – drei von Russlands meistgesehenen Staatsmedien an. Betroffen sind die Fernsehsender Perwy Kanal, Rossija-1 und NTW. Zudem weiten die Vereinigten Staaten ihre Exportverbote auf Industriegüter wie Bulldozer aus. Sie verhängen auch individuelle Sanktionen gegen 27 Manager der Gazprombank. Die Bank selbst darf aber weiter europäische Energie-Transaktionen abwickeln.

**EURACTIV: EU-Sanktionspaket in einer Sackgasse -
Bulgarien will zwei Jahre Aufschub bei Ölembargo – EURACTIV.de**

Bulgarien wünscht sich eine zweijährige Verschiebung des russischen Ölimportverbots, bevor es sich dem Rest der EU anschließt, so Radoslav Ribarski, Vorsitzender des Energieausschusses der bulgarischen Nationalversammlung.

In der Zwischenzeit sind die Verhandlungen auf EU-Ebene über die Verhängung eines Ölembargos gegen Moskau ins Stocken geraten, und es ist unwahrscheinlich, dass die EU ihr Ziel erreichen wird, das Verbot bis zum Europatag am 9. Mai durchzuboxen.

Die Europäische Kommission hatte ein allgemeines EU-Kaufverbot für Öl aus Russland vorgeschlagen, das in sechs Monaten für Rohöl und für Ölerzeugnisse in acht Monaten in Kraft treten sollte. Bulgarien hat jedoch damit gedroht, sein Veto einzulegen, wenn es nicht wie Ungarn, die Slowakei und Tschechien weiterhin russisches Öl kaufen darf.

Obwohl Bulgarien darum gebeten hat, von dem allgemeinen Ölembargo ausgenommen zu werden, wurden keinerlei Zugeständnisse gemacht, und es gibt bisher keine offizielle Antwort von der Kommission, so die Behörden.

„Die Gespräche werden fortgesetzt. Die bulgarische Regierung hat beschlossen, alles zu tun, um das Embargo zu umgehen“, sagte Ribarski am Samstag (7. Mai) gegenüber bTV. Er fügte hinzu, dass für Bulgarien die gleichen Argumente gelten sollten wie für Ungarn und die Slowakei, da die Raffinerie in Burgas nicht ganz ohne russisches Öl auskommen könne. „Im Moment sind wir fest entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen“, sagte Ribarski. Der Vorsitzende des Energieausschusses äußerte sich nicht zu den möglichen Nachteilen eines solchen Embargos für Bulgarien. Er sagte jedoch, dass „wir uns im Moment auf die positiven Aspekte konzentrieren“. Von der Europäischen Kommission wird erwartet, dass Bulgarien bis Ende nächster Woche eine Antwort erhält.

Die bulgarische Ölraffinerie in der Schwarzmeerstadt Burgas, die größte Raffinerie auf dem Balkan, befindet sich im Besitz des russischen Ölkonzerns Lukoil. Das Unternehmen ist der größte Arbeitgeber in der Region. Eine Schließung der Raffinerie würde in der viertgrößten Stadt Bulgariens zu ernststen sozialen Problemen und im gesamten Land zu steigenden Kraftstoffpreisen führen. Bulgarien ist das ärmste Mitgliedsland der EU.

Der staatliche Vertreter in der Raffinerie erklärt, dass die Anlage stillgelegt werden könnte, wenn der Vorschlag der Europäischen Kommission angenommen wird. Wenn das Embargo

nur teilweise aufrechterhalten wird und weiterhin mindestens 10 Prozent russischer Kraftstoff geliefert wird, könnte die Raffinerie weiter betrieben werden. Derzeit wird die Anlage zu 50 Prozent mit russischem Öl und zu 50 Prozent mit Importen aus dem Nahen Osten betrieben. Eine Schließung der Raffinerie würde bedeuten, dass Bulgarien auf die Einfuhr von gebrauchsfertigen Kraftstoffen angewiesen wäre. Laut dem Geschäftsführer des bulgarischen Öl- und Gasverbands, Andrey Delchev, sei dies zwar möglich, würde aber die Kraftstoffkosten erhöhen.

Die Konzerne die von Europas Ölhandel mit Russland profitieren

Während die Europäische Union ein umfassendes Embargo auf russische Ölimporte vorbereitet, nimmt EURACTIV einige der Unternehmen genauer unter die Lupe, die bisher von dem Handel innerhalb der Union profitiert haben.

Unterdessen sind die Gespräche über ein EU-Öl embargo gegen Russland im Rahmen des sechsten Sanktionspakets in eine Sackgasse geraten. Ursprünglich sollte das sechste Sanktionspaket am 9. Mai in Kraft treten. Die Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten (COREPER) werden am 10. Mai erneut zusammentreffen. Aus Kreisen der französischen EU-Ratspräsidentschaft heißt es, dass bei den meisten Sanktionen deutliche Fortschritte erzielt worden seien und die Gespräche auf allen Ebenen fortgesetzt werden.

Die Länder seien sich in Bezug auf das sechste Paket im Prinzip einig, so die französischen Vertreter. Es sei jedoch noch mehr Arbeit nötig, um den Ländern, die sich derzeit in einer schwierigen Position befinden, Garantien für die Versorgung mit russischem Öl über Pipelines zu bieten.

EU-Sanktionen – Antwort der EU-Kommission auf Fragen von Business Europe

Hiermit teilen wir in Auszügen eine Antwort der EU-Kommission (DG Trade und DG Grow) auf eine Anfrage von Business Europe zu Sanktionen und möglichen Neuerungen (Arbeitsübersetzung):

„Die Kommission hat am 3. Mai ein sechstes Paket von EU-Sanktionen vorgeschlagen. Es umfasst einen schrittweisen Stopp der Ölimporte aus Russland und weitere Sanktionen gegen russische Finanzinstitute und Einzelpersonen sowie weitere Ausfuhrbeschränkungen. Die Liste der Güter der Spitzentechnologie, deren Ausfuhr nach Russland verboten ist, wurde um weitere Chemikalien erweitert, die für die Herstellung von Chemiewaffen verwendet werden könnten und die bereits seit 2013 für andere Bestimmungsländer wie Syrien kontrolliert werden.

Darüber hinaus wird mit dem 6. Paket die Liste der natürlichen und juristischen Personen und Einrichtungen, die mit dem militärisch-industriellen Komplex Russlands verbunden sind, weiter ausgeweitet. Diese natürlichen und juristischen Personen und Organisationen sind in verschiedenen Sektoren tätig, z. B. Elektronik, Kommunikation, Waffen, Werften,

Ingenieurwesen und wissenschaftliche Forschung. Mit dieser Aktualisierung gleicht sich die EU an die entsprechenden Maßnahmen der USA an, und es wird erwartet, dass andere Verbündete in naher Zukunft nachziehen werden.

Was die Umsetzung betrifft, so hat die Kommission auf die von der Industrie geäußerten Bedenken reagiert, indem sie die Fragen und Antworten auf der Website der GD FISMA regelmäßig aktualisiert hat, zuletzt am 6. Mai zum Zugang zu EU-Häfen, und wir werden in Kürze Leitlinien zu Fahrzeuersatzteilen und zur Frage des Transits zwischen dem russischen Festland und Kaliningrad veröffentlichen. Die Kommission ist sich bewusst, dass dies ein wesentlicher Beitrag zur ordnungsgemäßen Anwendung der Maßnahmen ist, und sie wird sich weiterhin intensiv darum bemühen.

Was die Einfuhrbeschränkungen für Rohstoffe anbelangt, so betreffen die bisher verhängten Sanktionen zur Bekämpfung von Umgehungen (Angleichung an die Sanktionen gegen Belarus): Holz, Zement, Gummireifen; Quotensystem für Kali. In Bezug auf Stahl hat die Kommission nach den Einfuhrverboten für Russland und Weißrussland am 16. März die Schutzmaßnahmen für Stahl angepasst, indem sie die Kontingente auf andere Ursprungsländer umverteilt hat.

Es gelten Einfuhrverbote für Kokskohle und Kohle, Blei in Rohform, Silber sowie für eine Reihe von Vorleistungsgütern (einige Metalloxide und -hydroxide), einige anorganische Chemikalien (Phosphinate, Phosphonate und Phosphate) und einige organische Chemikalien (azyklische und zyklische Kohlenwasserstoffe, Phenole, azyklische Alkohole und Ether/Ether-Alkohole/Ether-Phenole) sowie auf Polymere des Propylens (Kunststoffe), einige Arten von Kraftpapier und Pappe, einige Glasprodukte und Aluminiumplatten, -bänder und -bleche. Was die Ausfuhrverbote betrifft, so sind die wichtigsten Rohstoffe, die für die EU-Industrie von entscheidender Bedeutung sind, von den Verboten ausgenommen.

Wir nehmen Ihre Besorgnis über die Übertretung der Vorschriften durch die zuständigen nationalen Behörden und den Zoll zur Kenntnis. Wir haben die Mitgliedstaaten und die Zollbehörden zu diesem Thema befragt und bisher keine relevanten Informationen von ihnen erhalten. Natürlich sind wir weiterhin bereit, von Ihnen Hinweise auf konkrete Fälle entgegenzunehmen.

Die Kommission arbeitet daran, die Störungen, mit denen die Unternehmen konfrontiert sind, abzumildern. Die Europäische Plattform für Clusterkooperation hat in Zusammenarbeit mit dem Enterprise Europe Network eine Umfrage durchgeführt, um die wichtigsten Störungen in der Lieferkette zu verstehen; der Bericht über die Umfrage wird Ende Mai veröffentlicht. Die EEN-Plattform "Supply Chain Resilience" bietet ein Tool zur Partnervermittlung, das Unternehmen bei der Suche nach alternativen Zulieferern hilft. Am 26. April fand in Vilnius, Litauen, ein Workshop "Cluster treffen Regionen" statt, gefolgt von einem virtuellen Matchmaking am 27. April, das darauf abzielt, die Integration der Lieferketten im EU-Binnenmarkt zu stärken. Weitere Matchmaking-Veranstaltungen werden folgen, darunter eine Veranstaltung zum Thema Agrar- und Ernährungswirtschaft, die wahrscheinlich Ende Juni stattfinden wird."

RBC

Bloomberg berichtet von Plänen, Immobilientransfers an Russen in der EU zu verbieten

Die Europäische Kommission plant offenbar, alle Immobiliengeschäfte von Russen und russischen Unternehmen in der EU auszusetzen und die Übertragung von Eigentumsrechten an sie zu verbieten. Dies berichtet Bloomberg unter Berufung auf einen Vorschlagsentwurf der Europäischen Kommission.

Die Maßnahme wird der Veröffentlichung zufolge in das sechste Paket von Sanktionen gegen Russland aufgenommen. Das Verbot gilt für Immobilien, die sich auf dem Gebiet der Europäischen Union befinden.

"Die Europäische Union hat ein Verbot von Immobilientransaktionen für russische Bürger in das sechste Sanktionspaket aufgenommen, um den Druck auf Wladimir Putin zu erhöhen", schreibt die Publikation.

EU-Embargo gegen russische Schiffe

Nach Informationen der Welt am Sonntag dürfen bald die 2.873 Schiffe der russischen Handelsflotte keine europäischen Häfen mehr anlaufen. Es sollte nur einige streng auszulegende Ausnahmen geben. Russlands Ölexporte würden sich dennoch weiterhin auf dem Vorkriegsniveau befinden. Dies liege laut Experten insbesondere an Griechenland. Während viele europäische und US-amerikanische Händler, Ölkonzerne und Reedereien jeden Kontakt mit russischen Flottenbetreibern eingestellt haben, hätten griechische Schiffseigner ihr Russland-Geschäft weiter ausgebaut.

Belarus-Sanktionen ebenfalls vor Erweiterung

[Sanctions Latest: EU Proposes Measures on Main Belarus Potash Companies - Bloomberg](#)

Im Rahmen des sechsten EU-Sanktionspakets schlägt die Europäische Union nach Informationen von Bloomberg vor, die Liste der vom internationalen SWIFT-Zahlungssystem getrennten belarussischen Banken zu erweitern. Bereits Anfang März waren die belarussischen Banken Belagroprombank, die Bank Dabrabyt und die Entwicklungsbank der Republik Belarus vom SWIFT-System abgekoppelt worden. Darüber hinaus können die EU-Sanktionen auf die Unternehmen JSC Belaruskali, JSC Belarusian Potash Company und Raffinerie JSC Naftan ausgeweitet werden.

EU-Einfuhrbeschränkungen gegen einige Gruppen von Kaliumerzeugnissen und Düngemitteln aus Belarus gibt es bereits, diese waren zuletzt am 2. März auf beinahe alle Kaliumchloridprodukten erweitert worden. Gegenüber JSC Belaruskali und JSC Belarusian Potash Company wurden bisher seitens der EU aber noch keine Sanktionen verhängt.

Leitlinien der Europäischen Kommission

In den letzten Tagen hat die Europäische Kommission zusätzliche Leitlinien/FAQ zu den Maßnahmen in Bezug auf Luxusgüter, Versicherungen und Rückversicherungen, den Verkauf von Wertpapieren und Einlagen, den humanitären Handel und den Handel veröffentlicht. Alle Leitlinien in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier die einzelnen Themen im Detail:

- [Circumvention and due diligence](#) (4. Mai)
- [trading](#) (4. Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Teilweise Aussetzung des Visae erleichterungsabkommens mit Russland

Seit dem 25. Februar ist das Visae erleichterungsabkommen mit Russland infolge der russischen Aggression gegen die territoriale Integrität der Ukraine teilweise ausgesetzt. Am 5. Mai hat die EU-Kommission Leitlinien vorgelegt, um die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der teilweisen Aussetzung zu unterstützen. Die Einschränkungen der Visae erleichterung zielen auf bestimmte, dem Regime nahestehende Personengruppen ab und gelten nicht für normale russische Staatsbürger.

Die teilweise Aussetzung des Visae erleichterungsabkommens gilt für russische Staatsangehörige, die Mitglieder der offiziellen Delegationen der Russischen Föderation sind, für Mitglieder der nationalen und regionalen Regierungen und Parlamente der Russischen Föderation, des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation und des Obersten

Gerichtshofs der Russischen Föderation, für Bürger der Russischen Föderation mit gültigen Diplomatenpässen sowie für Geschäftsleute und Vertreter von Unternehmensverbänden.

Aufgrund der Aussetzung haben diese Personengruppen keinen privilegierten Zugang zur Europäischen Union mehr. So werden beispielsweise die vor einer Reise auszustellenden Nachweise nicht mehr erlassen und die Gebühren für die Bearbeitung von Visumanträgen nicht mehr ermäßigt, so dass standardmäßig die übliche Visumgebühr von 80 Euro gilt.

Die Aussetzung betrifft nicht die gewöhnlichen russischen Staatsbürger, die weiterhin die gleichen Vorteile des Abkommens genießen wie bisher.

Die heutigen Leitlinien helfen den Mitgliedstaaten und ihren Konsulaten bei der Anwendung der teilweisen Aussetzung, stellen die Verfahren und Bedingungen für die Erteilung von Visa an russische Staatsangehörige an einem bestimmten konsularischen Standort der EU klar und stellen sicher, dass Visa aus humanitären Gründen immer möglich bleiben.

Weitere Informationen:

[Daily News 05 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

Capital:

[So will die EU den russischen Ölhandel mit Drittstaaten bremsen - Capital.de](#)

Die EU hat angekündigt, bald kein Öl mehr aus Russland zu beziehen. Das neue Sanktionspaket enthält aber auch eine Bestimmung, die den russischen Handel mit anderen Staaten einschränken soll

Russlands mit Abstand größter Erdöl-Kunde macht Schluss. Die EU-Kommission will die Einfuhr russischen Rohöls und von Ölprodukten wie Diesel in die Mitgliedsstaaten bis Ende dieses Jahres beenden, nur Ungarn und die Slowakei haben sich Ausnahmen ausbedungen. Das stellt bereits einen herben Schlag für die russische Staatskasse, aus der letztlich auch der Krieg in der Ukraine finanziert wird, dar. Denn mehr als die Hälfte der russischen Energieexporteinnahmen von insgesamt über 60 Milliarden Euro in den ersten beiden Kriegsmonaten stammten aus Europa.

Andere Länder, darunter die USA und Großbritannien, haben einen solchen Importstopp bereits beschlossen. Was die EU-Beschlussvorlage neben dem seit Monaten heiß diskutierten Einfuhrstopp besonders schmerzhaft für Russland machen könnte, sind weitere Bestimmungen, die nicht nur Ölkonzerne betreffen, sondern unter anderem auch Banken und Versicherungen.

Konterkariert werden könnte ein EU-Importstopp, wenn andere Staaten, die sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen haben, nun einfach das russische Öl kaufen, gegebenenfalls mit einem gewissen Preisnachlass. Vor allem China und Indien werden

immer wieder genannt. Steigt der Preis am globalen Ölmarkt – nicht zuletzt durch das EU-Embargo – hoch genug, könnte das den sinkenden Absatz der russischen Ölindustrie sogar wettmachen. Auch in den vergangenen Monaten, als der Ölexport bereits zurückging, sind die Einnahmen Russlands aus dem Öl- und Gasverkauf sogar gestiegen.

Griechenland hat die größte Flotte

Zwar haben sich einige Ölkonzerne bereits aus eigenem Antrieb oder Druck der Öffentlichkeit aus allen Geschäften in und mit Russland zurückgezogen, manche Banken wollen Russlandgeschäfte nicht mehr finanzieren. Das hat dazu beigetragen, dass der Preis für russisches Urals-Öl auf dem Weltmarkt weit unter den – allerdings sehr hohen Preis – der westlichen Sorten Brent und WTI gefallen ist. Mit der Zeit könnte Russland seine Exporte in Drittstaaten allerdings weiter steigern.

Das will die EU mit einer unscheinbaren, aber weitreichenden Bestimmung in ihrem Sanktionsbeschluss verhindern. Denn ebenso wie russisches Öl zu kaufen, soll es für alle Personen oder Unternehmen, die unter EU-Recht fallen, auch verboten sein, „direkt oder indirekt technische Unterstützung, Maklerdienstleistungen, Finanzierung oder finanzielle Unterstützung oder irgendeine Dienstleistung im Zusammenhang mit dem Transport, einschließlich in Form von Schiff-zu-Schiff-Transfer, von russischem Rohöl oder Erdölprodukten, die ihren Ursprung in Russlands haben oder von Russland exportiert wurden“, bereitzustellen.

Dieser Bandwurmsatz soll, sofern die EU-Staaten, der Kommissionsvorlage zustimmen, sicherstellen, dass die Ölausfuhren aus Russland tatsächlich drastisch gedrosselt werden. Denn in vielen Bereichen von der Schiffsfinanzierung über Versicherungen bis hin zu den Reedern spielen Unternehmen aus EU-Ländern oder Institutionen, die EU-Recht unterliegen, eine wichtige Rolle. So verfügen griechische Reeder über die weltgrößte Flotte an Öltankern. Viele Banken, die in dem Geschäft tätig sind, haben ihren Sitz in der EU.

Unverzichtbar für den Öltransport wie für jeglichen Schiffsverkehr auf den Weltmeeren sind auch die Versicherer. Kaum ein Staat der Erde erlaubt einem nicht versicherten Öltanker die Einfahrt in seine Hoheitsgewässer. Eine monopolartige Stellung in diesem Bereich hat der Versicherungsmarktplatz Lloyd's in London. Zwar gehört die britische Hauptstadt nicht mehr zur EU. Aber zum einen unterliegt der Versicherungsmarkt dort teilweise trotzdem EU-Regeln und zum anderen gibt es in Großbritannien bereits seit einiger Zeit Stimmen, die ein solches Versicherungsembargo fordern. Bisher war dies Berichten zufolge unter ausdrücklichem Hinweis auf die EU, die ja noch russisches Öl benötigt, nicht umgesetzt worden.

[RBC](#)

Geplante Schließung des europäischen WHO-Büros in Russland

Diplomaten der Europäischen Union haben auf Ersuchen Kiews eine Resolution vorbereitet, um das in Moskau ansässige europäische WHO-Büro für die Prävention und Kontrolle nicht übertragbarer Krankheiten zu verlegen und die Sitzungen in Russland auszusetzen, berichtet

Reuters unter Berufung auf ein der Agentur vorliegendes Dokument. Der Vorschlag wird am 10. Mai geprüft, bestätigte ein Vertreter des WHO-Regionalbüros gegenüber der Agentur und äußerte die Hoffnung, dass Russland bei der Diskussion vertreten sein wird. Das Dokument wurde neben der Ukraine von mindestens 38 Ländern unterzeichnet, darunter die Türkei, Frankreich und Deutschland.

Gleichzeitig verzichteten die Diplomaten darauf, einen Ausschluss Russlands aus der WHO oder eine Beschränkung seiner Stimmrechte in der Organisation vorzuschlagen. Die Schließung des WHO-Länderbüros, das ebenfalls in Moskau ansässig ist, ist nicht geplant. Ein Diplomat, der mit den Gesprächen zu diesem Thema vertraut ist, erklärte, dass die Organisation härtere Sanktionen aus Angst vor einer Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung des Landes vermeidet.

Wie die Agentur Reuters feststellt, ist der vorgeschlagene Schritt in der Entschließung eher politischer Natur und wird unternommen, um die Isolation Russlands zu vertiefen - das Gesundheitssystem des Landes wird davon nicht betroffen sein.

EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](#)

EU-Leitfaden zu Sanktionen

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Neue Verordnung: Beseitigt Russland Grauzone bei Bezahlung von Gaslieferungen?

Am 4. Mai wurde durch die russische Regierung eine neue Verordnung erlassen, die mehrere Fragen zur Umsetzung früherer Finanzmaßnahmen klärt bzw. verändert. Darunter ist auch ein „neues Verfahren“ zur Rubelbezahlung für Gaslieferungen. Anstelle der Nationalbank soll nun die Moskauer Börse für die Konvertierung des Geldes zuständig sein. Und offenbar endet mit der Verordnung auch die Verantwortung westlicher Gaskäufer mit dem Eingang einer (Dollar/Euro-) Zahlung auf einem Devisenkonto der Gazprombank. Die Bank ist danach für die Konvertierung selbst zuständig, diese erfolgt nun nicht mehr „im Auftrag des Käufers“. Mit dieser Neuordnung könnte eine Lösung in der Frage der Rubelzahlungen für Gas verbunden sein. Die EU hatte westlichen Unternehmen eine Zahlung in Rubel komplett untersagt, zeigte sich aber mit Euro-/Dollar-Zahlungen weiter einverstanden. Wenn diese Interpretation des juristisch komplexen Textes stimmt, könnte damit Russland eine rechtliche Grauzone, die zeitweise zur völligen Einstellung von Zahlungen aus der EU geführt hatte, im Sinne der EU beseitigt haben.

Die Verordnung behandelt noch weitere Bereiche, in denen es Interpretationsspielräume gegeben hatte. Hier der Link zum Originaltext:

[Указ о временном порядке исполнения финансовых обязательств в сфере корпоративных отношений перед некоторыми иностранными кредиторами • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

Parallelimporte – Listen zu Freigaben und Verboten

Das Ministerium für Industrie und Handel veröffentlichte laut [Izvestia](#) eine Liste von Waren für Parallelimporte in Russland. Parallelimporte ermöglichen die legale Einfuhr von Marken, die in anderen Ländern verkauft werden, ohne die Erlaubnis des Rechteinhabers nach Russland. Parallelimport bedeutet nicht die Legalisierung von gefälschten Waren, sondern die Einfuhr von Originalwaren über alternative Kanäle.

Im offiziellen Telegramm-Kanal des Ministeriums für Industrie und Handel heißt es, dass die Zollbehörden bei der Durchführung der erforderlichen Verfahren die HS-Codes und Markennamen mit der Anordnung des Ministeriums abgleichen müssen.

Dem Dokument zufolge wird die zivilrechtliche Haftung für Fälle ausgeschlossen, in denen Importeure Produkte unter Umgehung der offiziellen Vertriebswege einführen.

„Die Liste der Waren, für die Parallelimporte erlaubt sind, umfasst sowohl Produkte, die für den Betrieb von Produktionsanlagen notwendig sind, als auch eine breite Palette von Konsumgütern“, heißt es in der Erklärung.

Die Liste umfasst insbesondere kosmetische Bestandteile, Waren der chemischen Industrie, Musikinstrumente und Autoersatzteile. Bäume und andere Pflanzen, Kalk und Zement, Arzneimittel, Kunststoffe und Kunststoffherzeugnisse, Gummi und Gummierzeugnisse, Ledererzeugnisse, Papier, Pappe, Seide und Textilien, Kleidung, Schuhe, Keramik, Glas, Eisenmetalle, Waffen und Munition, Heizkessel und Kernreaktoren, Möbel, Bettwäsche, Elektronik, Spielkonsolen, Smartwatches, Fotoapparate und Filmkameras, Schiffe sind ebenfalls erlaubt.

Auch deutsche Automarken betroffen

Neben Renault stehen 72 weitere ausländische Marken auf der Liste des Industrie- und Handelsministeriums für Fahrzeuge - mit Ausnahme von Eisenbahn- und Straßenbahnfahrzeugen - und deren Teile: Land Rover, Jeep, Jaguar, Chrysler, Mitsubishi, Hummer, Tesla, Mercedes-Benz, Daimler, BMW, Volkswagen, Skoda, Porsche, Audi, Toyota, Honda, Volvo, Rolls-Royce, Bugatti und andere, wie [Izvestia](#) berichtet.

Ende April teilte der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow mit, dass Renault, das sich nach der russischen Sonderoperation im Donbass zum Verkauf seines Russlandgeschäfts entschlossen hatte, seine 68%ige Beteiligung an Avtovaz an die FSUE NAMI, die zur Föderalen Agentur für Vermögensverwaltung gehört, übertragen werde. Das Renault-Werk in Moskau sollte an die Regierung der Hauptstadt übertragen werden.

Nach Angaben des Ministers ist nicht geplant, den Moskauer Standort des Werks zu erhalten, sondern es sollen dort "andere Autos" produziert werden. Bevor die Produktion im März eingestellt wurde, wurden dort die Modelle Duster, Kaptur, Arkana und Nissan Terrano hergestellt.

Verbote für Kosmetika

Das Ministerium für Industrie und Handel hat laut [Izvestia](#) den Parallelimport einiger bekannter Kosmetik- und Parfümmarken in die Russische Föderation verboten. Es handelt sich um die Marken Garnier, L'Oreal Paris, Lancome, Prada, Armani, Maybelline New York, NYX, Giorgio Armani - insgesamt etwa 50 Marken. Dies geht aus einem Dokument hervor, das die Agentur am Freitag, den 6. Mai, auf ihrem Rechtsinformationsportal veröffentlichte.

Die Liste der Waren für Parallelimporte umfasst 96 Positionen. Die Regelungen gelten ab dem 6. Mai.

[Link](#) zum Gesetzesentwurf

Sanctionsnews:

Neuer russischer Präsidialerlass führt neue Beschränkungen für die Gewinnausschüttung und einige Klarstellungen zu den bestehenden Beschränkungen ein

Am 4. Mai 2022 verabschiedete der russische Präsident den Erlass Nr. 254 "Über vorläufige Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen zur Unternehmensfinanzierung gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern" ("Erlass").

Mit dem Erlass wurden (1) neue Beschränkungen für die Gewinnausschüttung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung eingeführt, wie z.B. die Ausschüttung von Dividenden (zuvor galt die Beschränkung nur für die Ausschüttung von Dividenden durch Aktiengesellschaften); (2) die Anwendung einiger der zuvor angenommenen Beschränkungen wurde präzisiert.

Neue Beschränkungen für Gewinnausschüttungen

Der Erlass legt Beschränkungen für die Ausschüttung von Gewinnen durch GmbHs, Personengesellschaften und Produktionsgenossenschaften an Anteilseigner aus unfreundlichen Staaten fest. Die Beschränkungen lauten wie folgt:

- Die Auszahlung der ausgeschütteten Gewinne darf nur innerhalb bestimmter Grenzen erfolgen, nämlich über Bankkonten des Typs S; und
- die Auszahlung muss in Rubel erfolgen.

Je nach Situation sind die russische Zentralbank oder das russische Finanzministerium berechtigt, Zahlungen von ausgeschütteten Gewinnen zu genehmigen, die nicht den festgelegten Beschränkungen entsprechen.

Klarstellungen zu den bestehenden Beschränkungen

Der Erlass präzisiert die Anwendung der zuvor eingeführten Beschränkungen (insbesondere der Präsidialerlass Nr. 81 vom 1. März 2022 und der Präsidialerlass Nr. 95 vom 5. März 2022). Das Dekret präzisiert unter anderem die Anwendung des Kontrollkriteriums, das für die Identifizierung der Personen wichtig ist, die vom Anwendungsbereich der russischen Gegenmaßnahmen ausgeschlossen sind.

Insbesondere sind die folgenden ausländischen Personen aus dem Kreis der ausländischen Personen aus "unfreundlichen Staaten", für die russische Gegenmaßnahmen gelten, ausgeschlossen

- Personen, die unter der Kontrolle von juristischen oder natürlichen Personen stehen, deren lex personalis die eines Staates ist, der nicht auf der Liste der unfreundlichen Staaten steht, vorausgesetzt, dass diese Kontrolle vor dem 1. März 2022 begründet wurde;
- Personen, die von einem ausländischen Staat kontrolliert werden, der nicht auf der Liste der unfreundlichen Staaten steht, sofern diese Kontrolle vor dem 1. März 2022 begründet wurde.

Darüber hinaus präzisiert der Erlass die Anwendung bestimmter russischer Gegenmaßnahmen auf Transaktionen mit Personen aus unfreundlichen Staaten im Zusammenhang mit dem Kauf und Verkauf von Immobilien, Geschäften mit zusätzlichen Anteilen und Eigenkapital, der Übernahme unabhängiger Garantien und Gewährleistungen sowie Zahlungen im Rahmen bestimmter Arten von Leasingverträgen.

Zum selben Thema hier ein Bericht der russischen Zeitung RBK (Arbeitsübersetzung):

[RBC](#)

Putin hat ein Verfahren zur Auszahlung von Gewinnen russischer Unternehmen an ausländische Personen eingeführt

Präsident Wladimir Putin hat ein Dekret über das vorläufige Verfahren zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen im Bereich der Unternehmensbeziehungen gegenüber ausländischen Gläubigern aus unfreundlichen Ländern unterzeichnet. Das Dokument wurde auf dem Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht.

Mit dem Erlass wird ein befristetes Verfahren für die Auszahlung von Gewinnen russischer Unternehmen zugunsten ihrer Miteigentümer aus nicht befreundeten Ländern eingeführt. Insbesondere "im Falle einer Entscheidung über die Gewinnausschüttung" wird die Zahlung an ausländische Gläubiger nun gemäß dem Anfang März unterzeichneten Präsidialdekret erfolgen.

Wenn eine russische GmbH (Personengesellschaft) beschließt, Gewinne auszuschütten, erhalten Gebietsansässige aus unfreundlichen Ländern standardmäßig den ihnen zustehenden Anteil an den Gewinnen auf Bankkonten des Typs C, von denen die Mittel nicht abgehoben werden können (sie können nur für eine begrenzte Anzahl von Zwecken wie die Zahlung von Steuern oder den Kauf von OFZs verwendet werden). Die Zentralbank und das Finanzministerium können jedoch eine gesonderte Genehmigung für die Gutschrift solcher Gewinne auf einem regulären Konto erteilen.

Belarus verlängert Importverbote

Mit der Verordnung des Ministerrates der Republik Belarus Nr. 273 vom 4. Mai 2022 wurde das Einfuhr- und Verkaufsverbot für Produkte von Skoda, Liqui Moly und Beiersdorf in Belarus um sechs Monate verlängert. Die Waren dieser Unternehmen werden vom 5. Mai bis zum einschließlich 4. November 2022 nach Belarus nicht importiert und nicht verkauft. Erstmals wurde das Einfuhr- und Verkaufsverbot für Produkte von Skoda, Liqui Moly und Beiersdorf durch die Verordnung des Ministerrates der Republik Belarus Nr. 240 vom 23. April 2021 ab 4. Mai 2022 im Zusammenhang mit den „unfreundlichen Handlungen“ dieser Unternehmen gegenüber Belarus eingeführt. Später wurde dieses Verbot um sechs Monate verlängert.

Nationales Rechtsportal der Republik Belarus:

pravo.by

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Ausweisung dänischer Diplomaten

Als Reaktion auf die Ausweisung von fünfzehn Mitarbeitern seiner Botschaft in Dänemark habe sich Russland revanchiert, indem es sieben Mitarbeiter der dänischen Botschaft in Russland zu personae non gratae erklärt habe, so das russische Außenministerium am 5.5. Zusätzlich sei einem dänischen Diplomaten ein Visum für Russland verweigert worden. Das russische Außenministerium habe sich weitere Reaktionen vorbehalten, die der dänischen Seite ggs. später mitgeteilt würden.

Indien kauft verstärkt russisches Rohöl

Laut einem Bericht der internationalen Ratingagentur Standard & Poor's ist Indien im April 2022 zum größten Abnehmer von russischem Urals-Rohöl aufgestiegen. Die gestiegene Nachfrage werde u. a. durch den erhöhten Energiebedarf und die attraktiven Preise begünstigt, zu denen Russland sein Öl in Asien anbietet. Auf die weltweite Kritik an den Einkäufen reagierte Indien gelassen: Man habe eben einen enormen Energiebedarf und kaufe deshalb Öl „bei allen Anbietern der Erde“, wie es in einer Erklärung des Energieministeriums heißt.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

5. Sanktionen der USA

Erklärung der G7-Staats- und Regierungschefs (Zusammenfassung von Business Europe)

Am 8. Mai gaben die Staats- und Regierungschefs der G7 eine Erklärung zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa ab und kündigten Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine nach dem Einmarsch Russlands an. Sie kündigten die folgenden Maßnahmen an:

- Erstens verpflichten wir uns, unsere Abhängigkeit von russischer Energie schrittweise zu verringern, unter anderem durch die Einstellung oder das Verbot der Einfuhr von russischem Öl. Wir werden dafür sorgen, dass dies rechtzeitig und in geordneter Weise geschieht, und zwar so, dass die Welt Zeit hat, eine alternative Versorgung sicherzustellen. Dabei werden wir mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um eine stabile und nachhaltige globale Energieversorgung und erschwingliche Preise für die Verbraucher zu gewährleisten, auch durch eine beschleunigte Verringerung unserer Gesamtabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und unseren Übergang zu sauberer Energie im Einklang mit unseren Klimazielen.
- Zweitens werden wir Maßnahmen ergreifen, um die Erbringung wichtiger Dienstleistungen, auf die Russland angewiesen ist, zu verbieten oder anderweitig zu verhindern. Dies wird die Isolation Russlands in allen Bereichen seiner Wirtschaft verstärken.
- Drittens werden wir weiterhin Maßnahmen gegen russische Banken ergreifen, die mit der Weltwirtschaft verbunden und für das russische Finanzsystem systemrelevant sind. Wir haben Russlands Fähigkeit, seinen Angriffskrieg zu finanzieren, bereits stark beeinträchtigt, indem wir seine Zentralbank und seine größten Finanzinstitute ins Visier genommen haben.
- Viertens werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, die Versuche des russischen Regimes, seine Propaganda zu verbreiten, abzuwehren. Seriöse Privatunternehmen sollten dem russischen Regime oder seinen Partnern, die die russische Kriegsmaschinerie füttern, keine Einnahmen verschaffen.
- Fünftens werden wir unsere Kampagne gegen die Finanzeliten und Familienmitglieder, die Präsident Putin bei seinen Kriegsanstrengungen unterstützen und die Ressourcen des russischen Volkes verschwenden, fortsetzen und verstärken. Im Einklang mit unseren nationalen Befugnissen werden wir gegen weitere Personen Sanktionen verhängen.
- Die Staats- und Regierungschefs der G7 erklärten außerdem, dass sie weiterhin mit ihren internationalen Partnern zusammenarbeiten werden, und forderten diese auf, sich ihnen anzuschließen und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, um u. a. die Umgehung von Sanktionen zu verhindern und die Umgehung von Sanktionen zu verhindern.

Neue Sanktionen gegen Technologieexporte, Dienstleistungen, Personen, Unternehmen und Schiffe

Am 8. Mai veröffentlichte das US-Finanzministerium umfangreiche neue Sanktionen:

[U.S. Treasury Takes Sweeping Action Against Russia's War Efforts | U.S. Department of the Treasury](#)

Es geht dabei um:

- Sanktionierung von Vorstandsmitgliedern der Sberbank und der Gazprombank, Sanktionierung der Joint Stock Company Moscow Industrial Bank (MIB) und 10 ihrer Tochtergesellschaften, eines staatlich unterstützten Waffenherstellers und dreier staatlich kontrollierter russischer Fernsehsender.
- Verbot des Zugangs zu Dienstleistungen, die von der Russischen Föderation und russischen Eliten zur Umgehung von Sanktionen genutzt werden. Das OFAC hat Dienstleistungen in den Bereichen Buchhaltung, Treuhand und Unternehmensgründung sowie Unternehmensberatung als Kategorien identifiziert, für die ein Verbot der Ausfuhr, der Wiederausfuhr, des Verkaufs oder der direkten oder indirekten Lieferung aus den Vereinigten Staaten oder durch eine US-Person an eine Person in der Russischen Föderation gilt.
- keine US-Werbung und kein Verkauf von Sendeanlagen an drei vom Kreml kontrollierte Fernsehsender mehr
- Verbot der Ausfuhr von Technologie, einschließlich Industriemotoren, Bulldozern und anderen Gegenständen, die von russischen Rüstungsbetrieben verwendet werden können
- Visabeschränkungen für weitere 2.600 russische und belarussische Personen

Mit dem Verbot von Dienstleistungen schließen sich die USA dem Vereinigten Königreich an, das letzte Woche eine ähnliche Ankündigung gemacht hat. Die beiden Länder erbringen den überwiegenden Teil der Dienstleistungen wie Buchhaltung und Unternehmensberatung für russische Unternehmen.

Die Regierung Biden sieht in den US-Dienstleistern ein potenzielles Instrument, das Russland nutzen könnte, um die bereits verhängten Strafmaßnahmen zu umgehen.

[US unveils new sanctions on Russia, targeting services, media and defense industry | US foreign policy | The Guardian](#)

Neu sanktioniert wurden 33 Personen, 22 Unternehmen, darunter Banken, Industriebetriebe, die russische Schifffahrtsindustrie und Fernsehsender. Außerdem wurden

69 Schiffe auf die Sanktionsliste gesetzt. Begleitet werden die Maßnahmen auch von einigen General Licences.

Hier die Maßnahmen auf einen Blick:

[Russia-related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-related General Licenses, Publication of Russia-related Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

Hier die OFAC-Ausnahmegenehmigungen:

[General License 25A, General License 33, General License 34, General License 35.](#)

[Determination Pursuant to Section 1\(a\)\(i\) of Executive Order 14024](#)

[Determination Pursuant To Section 1\(a\)\(ii\) Of Executive Order 14071](#)

Außerdem gibt es [new Frequently Asked Questions](#).

dpa:

USA und G7-Verbündete verhängen neue Sanktionen gegen Russland

Vor den Feierlichkeiten zum "Tag des Sieges" in Moskau verhängen die G7-Staaten wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine neue Sanktionen gegen Russland. Das teilte das Weiße Haus in Washington am Sonntag mit. Zuvor hatten die Regierungschefs der G7-Staaten in einer Schaltkonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gesprochen. Die Strafmaßnahmen zielen nach Angaben der US-Regierung unter anderem auf den für die Finanzierung des Krieges wichtigen russischen Energiesektor ab. Zur Siebenergruppe führender demokratischer Industrienationen gehören die Nato-Staaten USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland sowie Japan.

Das Weiße Haus teilte mit, alle G7-Staaten hätten sich am Sonntag dazu verpflichtet, die Einfuhr von russischem Öl auslaufen zu lassen oder zu verbieten - die USA selber haben bereits ein entsprechendes Importverbot verhängt. In Brüssel verhandeln die EU-Länder ebenfalls über ein Öl-Embargo gegen Russland und weitere Strafmaßnahmen. Streit gab es zuletzt noch über Ausnahmeregelungen von dem Importstopp für Länder wie Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Bulgarien. Gespräche dazu sollen diese Woche fortgesetzt werden.

Ein US-Regierungsvertreter kündigte außerdem ein Verbot für unternehmerische Dienstleistungen für Firmen oder Personen in Russland an. Betroffen seien etwa Dienstleistungen im Bereich Buchhaltung, Management, Beratung oder Marketing. Die USA würden darüber hinaus Sanktionen gegen drei der wichtigsten Fernsehsender verhängen, die direkt oder indirekt von der Regierung von Präsident Wladimir Putin kontrolliert würden:

Perwy Kanal. Rossija-1 und NTW. An diese „Sprachrohre des Kreml“ dürften weder Werbeaufträge aus den USA erteilt noch US-Technik zum Sendebetrieb geliefert werden.

Der US-Regierungsvertreter sagte weiter, die USA würden ihre Exportkontrollen weiter verschärfen, um Russlands Kriegsanstrengungen zu schwächen. Betroffen seien etwa Holzprodukte, Industriemotoren und Räumfahrzeuge. Außerdem würden Sanktionen verhängt gegen Manager der größten und der drittgrößten russischen Bank, Sberbank und Gazprombank. „Die Botschaft ist, dass es keinen Rückzugsort für die russische Wirtschaft geben wird, wenn Putins Invasion andauert.“

Das Weiße Haus teilte mit: „Unsere beispiellosen Sanktionen fordern bereits einen immensen Tribut von Russlands Wirtschaft.“ Die Exportkontrollen würden Russland von wichtiger Technologie abschneiden. „Putins Krieg wird voraussichtlich die wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten 15 Jahre in Russland zunichte machen.“ Zwei wichtige russische Panzerfabriken hätten die Arbeit eingestellt, weil ihnen ausländische Komponenten fehlten. Fast 1000 Unternehmen hätten Russland verlassen. „Putin hat sein ursprüngliches militärisches Ziel, die Ukraine zu beherrschen, nicht erreicht - aber er hat es geschafft, Russland zu einem weltweiten Paria zu machen.“

Wegen des russischen Angriffskriegs haben westliche Staaten bereits harte Sanktionen gegen Russland verhängt. Deutschland hat derzeit die G7-Präsidentschaft inne und richtet Ende Juni in Bayern den nächsten Gipfel der Gruppe aus.

Vorgehen gegen russische Oligarchen

Am 28. April 2022 kündigte das Weiße Haus an, dass Präsident Biden ein Gesetzespaket vorschlagen werde, mit dem russische Oligarchen und Eliten für die Aggression Russlands gegen die Ukraine "zur Rechenschaft gezogen" würden. DOJ-Pressemitteilung.

Die Vorschläge umfassen unter anderem:

- Ein gestrafftes Verwaltungsverfahren für die Einziehung von US-Eigentum, das sich im Besitz von aufgelisteten russischen "Oligarchen" befindet und mit bestimmten rechtswidrigen Handlungen in Verbindung steht.
- Verwendung des Erlöses aus dem Einzug von Eigentum zur "Wiedergutmachung" der Schäden, die der Ukraine durch die russische Aggression entstanden sind.
- Rechtswidrigkeit des wissentlichen oder vorsätzlichen Besitzes von Erträgen, die direkt aus "korrupten Geschäften" mit der russischen Regierung stammen.
- Ausweitung der Einziehungsbefugnisse im Rahmen des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) auf Vermögen, das zur Erleichterung von Sanktionsverstößen verwendet wird.

- Aufnahme der Umgehung von Sanktionen in die Definition von "racketeering activity" im Racketeer Influenced and Corrupt Organizations (RICO) Act.
- Ermöglichung einer verlängerten Verfolgung von Geldwäsche-Straftaten (und der Einziehung nach der Verurteilung) aufgrund ausländischer Straftaten durch Verlängerung der Verjährungsfrist von 5 auf 10 Jahre.
- Änderung des US-Rechts zur Erleichterung der Vollstreckung ausländischer Beschlagnahme- und Einziehungsverfügungen für kriminelles Eigentum.

Fact-Sheet dazu:

[FACT SHEET: President Biden's Comprehensive Proposal to Hold Russian Oligarchs and Elites Accountable | The White House](#)

<https://www.justice.gov/opa/pr/fact-sheet-administration-legislative-proposals-support-kleptocracy-asset-recover>

Unabhängig davon hat das Repräsentantenhaus in der vergangenen Woche das Gesetz über die Beschlagnahme von Vermögenswerten für den Wiederaufbau der Ukraine (Asset Seizure for Ukraine Reconstruction Act) verabschiedet, das, sofern es in Kraft tritt, die Liquidierung bestimmter im Rahmen der Russland-Sanktionen eingefrorener Vermögenswerte für humanitäre Zwecke im Zusammenhang mit der Ukraine ermöglichen würde. Der Gesetzentwurf wurde in den Senat eingebracht. Ein ähnlicher Gesetzentwurf mit demselben Titel wurde im März in den Senat eingebracht.

[Text - H.R.6930 - 117th Congress \(2021-2022\): Asset Seizure for Ukraine Reconstruction Act | Congress.gov | Library of Congress](#)

Neue General Licences

Das OFAC hat vier Russland-bezogene Allgemeine Genehmigungen (GL) erteilt und dazu weitere FAQ veröffentlicht.

Es geht um:

- "Genehmigung von Zahlungen für Überflüge, Notlandungen und Ambulanzflüge", genehmigt alle Transaktionen, die andernfalls durch die Russian Harmful Foreign Activities Sanctions Regulations (RuHSR) verboten sind und die üblicherweise anfallen und notwendig sind für:
- Entgegennahme und Bezahlung von Gebühren für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Überflügen oder Notlandungen in Russland durch in den USA

registrierte Flugzeuge oder Flugzeuge, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von US-Personen stehen oder an diese verchartert wurden; oder Ambulanzflüge und damit zusammenhängende medizinische Dienstleistungen, einschließlich medizinischer Evakuierung, für Menschen in Russland zu erbringen, vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen.

- "Genehmigung der Abwicklung von Geschäften, an denen die Joint Stock Company SB Sberbank Kasachstan, die Sberbank Europe AG oder die Sberbank (Schweiz) AG beteiligt sind", genehmigt bis zum 12. Juli 2022 alle Transaktionen, die üblicherweise mit der Abwicklung von Geschäften verbunden und notwendig sind, an denen die Joint Stock Company SB Sberbank Kazakhstan, die Sberbank Europe AG oder die Sberbank (Schweiz) AG oder ein Unternehmen, an dem diese Sberbank-Tochtergesellschaften zu 50 % oder mehr beteiligt sind, beteiligt sind und die durch die Executive Order (E.O.) 14024 verboten sind, vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen.
- "Genehmigung bestimmter Transaktionen im Zusammenhang mit Patenten, Marken und Urheberrechten", genehmigt bestimmte Transaktionen im Zusammenhang mit einem Patent, einer Marke, einem Urheberrecht oder einer anderen Form des Schutzes geistigen Eigentums in den USA oder Russland, die nach dem RuHSR verboten wären.
- Genehmigung der Abwicklung von Transaktionen mit der Amsterdam Trade Bank NV. Bis zum 12. Juli sind alle Transaktionen genehmigt, die üblicherweise mit der Abwicklung von Transaktionen mit der Amsterdam Trade Bank NV oder einem Unternehmen, an dem die Amsterdam Trade Bank NV zu 50 % oder mehr beteiligt ist, verbunden sind und die gemäß E.O. 14024 verboten sind.

Das OFAC hat außerdem FAQ 1032 veröffentlicht und FAQ 1009 aktualisiert.

[Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of new and amended Russia-related Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Neue Einfuhrzölle und Exportverbote

Großbritannien hat neue Sanktionen gegen Russland und Belarus verhängt, darunter Einfuhrzölle auf Edelmetalle und Exportverbote. „Dieses weitreichende Paket von Sanktionen wird der russischen Kriegsmaschinerie weiteren Schaden zufügen“, erklärte Handelsministerin Anne-Marie Trevelyan am Sonntagabend. Die Strafzölle unter anderem auf Platin und Palladium betreffen ein Handelsvolumen von insgesamt 1,4 Milliarden Pfund (1,6 Milliarden Euro). Die Exportverbote für Waren im Wert von 250 Millionen Pfund richten sich gegen die russische Industrie.

Mit dem neuen Sanktionspaket unterliegen nun Waren im Wert von insgesamt über vier Milliarden Pfund Einfuhr- und Ausfuhrsanktionen, die "Putins Kriegsanstrengungen erheblich schaden", erklärte Finanzminister Rishi Sunak. Wie Trevelyan betonte, sei auch die jüngste Sanktionsrunde international abgestimmt. Die G7-Staaten hatten sich zuvor auf neue Strafmaßnahmen gegen Russland geeinigt, unter anderem den schrittweisen Ausstieg aus russischen Ölimporten.

[Currenttime](#)

Großbritannien verhängt Sanktionen gegen 63 weitere russische Personen und Unternehmen

Das Vereinigte Königreich hat seine Sanktionen gegen Russland um 63 weitere russische Staatsangehörige und Unternehmen ausgeweitet.

Die Liste der Sanktionen umfasst unter anderem:

- Stellvertretender Verteidigungsminister Nikolai Pankov;
- Maksim Oreshkin, russischer Berater des Präsidenten und Leiter des Verwaltungsrats von Channel One;
- Mikhail Zadornov, Leiter der Otkritie Bank;
- Vorsitzender der Sovcombank Dmitry Gusev;
- Mikhail Leontyev, Moderator der Sendung "However" auf Channel One;
- Nailya Asker-zadeh, Moderatorin und Autorin von Programmen bei VGTRK;
- Jewgeni Poddubny, Kriegskorrespondent der Allrussischen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt;
- Korrespondent der "Komsomolskaja Prawda", Alexander Kotz;
- Alexander Shkolnik, Direktor des Zentralen Museums des Großen Vaterländischen Krieges;
- VGTRK;
- PJSC KamAZ.

- Britischen Unternehmen wurde außerdem untersagt, Unternehmensberatungs-, Buchhaltungs- und PR-Dienstleistungen in Russland zu erbringen. Soziale Netzwerke, Online-Dienste und App-Shops müssen Inhalte von RT und Sputnik blockieren.

"Mit Putins Regime Geschäfte zu machen, ist moralisch bankrott und trägt zur Finanzierung einer Kriegsmaschinerie bei, die unsägliches Leid in der Ukraine verursacht. Wenn wir Russland den Zugang zu britischen Diensten verwehren, erhöhen wir den Druck auf den Kreml und helfen Putin letztlich, in der Ukraine zu scheitern", sagte die britische Außenministerin Liz Truss.

[The Guardian](#)

Großbritannien verhängt Sanktionen gegen das mit Roman Abramowitsch verbundene Stahlunternehmen Evraz

Die britische Regierung hat Sanktionen gegen den multinationalen Stahlhersteller Evraz verhängt, der sich zum Teil im Besitz des Milliardärs Roman Abramowitsch befindet und früher zu den größten Unternehmen Großbritanniens zählte.

Das britische Auswärtige Amt erklärte am 5.5., Evraz sei "in Sektoren von strategischer Bedeutung für die russische Regierung tätig" und die Maßnahme würde "Putins Finanzreserven und seine Belagerungswirtschaft weiter schwächen und den anhaltenden Widerstand der Ukraine unterstützen".

Evraz hat seinen Sitz im Londoner Stadtteil Mayfair, betreibt aber in Russland umfangreiche Bergbau- und Stahlwerke und beschäftigt mehr als 70.000 Mitarbeiter.

[Meduza](#)

Großbritannien entzieht der Moskauer Börse ihren "anerkannten" Status

Das Vereinigte Königreich hat der Moskauer Börse den Status "anerkannt" entzogen, heißt es auf der Website der britischen Regierung.

Die Entscheidung, so erklärte das britische Finanzministerium, bedeutet, dass Anleger künftig nicht mehr in den Genuss von Steuervorteilen kommen können, wenn sie an der Börse handeln. Es wird jedoch betont, dass bestehende Investitionen geschützt werden sollen.

Die britischen Behörden kündigten Mitte April ihre Absicht an, Mosbirzhi den Status einer "anerkannten Börse" zu entziehen, und wiesen darauf hin, dass ein solcher Schritt zeigen würde, dass "es keine Rechtfertigung für neue Investitionen in Russland gibt".

Japan

[Rebublicworld](#)

Japan stimmt nach virtuellem Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs russischem Ölembargo "im Prinzip" zu

Japan wird ein „prinzipielles“ Embargo für russische Rohölimporte verhängen. Dies ist Teil des Beschlusses der Gruppe der Sieben (G7) zur Abschreckung der russischen Militäraggression in der Ukraine, sagte der japanische Premierminister Fumio Kishida nach einem Online-Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs am Sonntag. Er betonte auch, dass die „Einigkeit der G7 von entscheidender Bedeutung“ sei und bezog sich damit offenbar auf den seit 75 Tagen andauernden Krieg zwischen Russland und der Ukraine.

Der japanische Premierminister sprach von einer „schwierigen Entscheidung“, da Tokio „für den Großteil seiner Energieressourcen auf Importe angewiesen ist“. Kishida nannte jedoch keinen Zeitplan für Japans Embargo gegen russische Ölimporte. Seine Äußerungen erfolgten vor dem Hintergrund, dass die G7-Länder in einer gemeinsamen Erklärung erklärten, sie würden die Einfuhr von russischem Öl entweder auslaufen lassen oder verbieten.

Kanada

[Ukrinform](#)

Kanada hat Sanktionen gegen 40 Russen und fünf Unternehmen verhängt, die an der militärischen Invasion in der Ukraine beteiligt waren

Die Ankündigung wurde vom Büro des kanadischen Premierministers Justin Trudeau am Ende seines Besuchs in der Ukraine gemacht, so der Korrespondent von Ukrinform.

"Der Premierminister hat angekündigt, dass Kanada neue Sanktionen gegen Russland verhängen wird", teilte das Büro mit.

Sie fügte hinzu, dass die neuen Sanktionen für insgesamt 40 Russen gelten würden. "Die Sanktionen richten sich gegen 21 Russen, darunter Oligarchen und enge Unterstützer des russischen Regimes, sowie gegen 19 Personen aus dem russischen Verteidigungssektor", heißt es in einer Mitteilung.

Kanada hat außerdem fünf russische Unternehmen mit Sanktionen belegt, die "das russische Militär direkt oder indirekt unterstützen".

Insgesamt hat Kanada seit Ende Februar 2022 Sanktionen gegen mehr als 1.000 russische und belarussische Personen und Unternehmen verhängt.

Wie berichtet, reist der kanadische Premierminister Justin Trudeau am 8. Mai in die Ukraine.

Taiwan

[Epravda](#)

Auch Taiwan hat die Ausfuhr von Hightech-Gütern nach Belarus eingeschränkt, nachdem die Russische Föderation

Die taiwanesishe Regierung hat Kontrollen für Technologieexporte nach Belarus eingeführt, die es taiwanesischen Unternehmen verbieten, eine lange Liste von Technologieprodukten ohne Sondergenehmigung zu exportieren. Somit unterlag Belarus den Beschränkungen, die zuvor für Ausfuhren in die Russische Föderation galten. Damit sollen auch Umgehungsversuche unterbunden werden

Die Situation in der Ukraine hat in Taiwan weit verbreitete öffentliche Sympathie hervorgerufen, weil viele Menschen Parallelen zwischen den Ereignissen in dem europäischen Land und dem sehen, was passieren könnte, wenn China jemals Gewalt anwendet, um die Kontrolle über die Insel zu übernehmen, die es als sein Territorium betrachtet", schrieb die Agentur.

Die Ausfuhrkontrollliste enthält Halbleiterausrüstungen, eine Branche, in der Taiwan weltweit führend ist, sowie Laser und Navigationssysteme. Damit soll verhindert werden, dass die Technologie für militärische Zwecke genutzt wird.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Welt

Wie Russland sein Öl jetzt noch in alle Welt verschifft (W)

Europas Häfen gelten für russische Schiffe als offiziell gesperrt. Nur Ausnahme-Transporte sind erlaubt. Die Realität sieht gänzlich anders aus. Vor allem das Geschäft mit dem Öl floriert wieder wie vor Kriegsbeginn. Vor allem eine europäische Nation bricht die Abmachungen notorisch.

Als die Europäische Union am 8. April ihr fünftes Sanktionspaket verkündete, schien die russische Kriegswirtschaft endgültig in die Klemme zu geraten: Die 2873 Schiffe der russischen Handelsflotte dürfen keine europäischen Häfen mehr anlaufen, beschloss die Union.

Einige Ausnahmen sollten die EU-Mitglieder machen dürfen: etwa wenn es um Lebensmittel, Medizintransporte oder Energieimporte geht. „Die Mitgliedstaaten“, mahnte die EU-Kommission allerdings, sollten solche Ausnahmen nur „begrenzt gewähren und streng auslegen“.

Öltransporte nahezu ungehindert

Vier Wochen später kann von einer strengen Auslegung des Sanktionsregimes keine Rede sein: Insbesondere die Ölgeschäfte der russischen Energiemultis Rosneft und Lukoil werden weiterhin völlig ungehindert über die europäischen Häfen abgewickelt. „Seit Kriegsbeginn am 24. Februar verlassen pro Tag schätzungsweise 4,5 Millionen Barrel Rohöl mit einem Wert von rund 509 Millionen US-Dollar das Land“, heißt es beim traditionsreichen Londoner Schiffsregister Lloyd's List.

Damit bewegten sich die Ölexporte Moskaus auf dem Vorkriegsniveau. Das liegt vor allem an Griechenland, wie die Experten schreiben: „Während viele europäische und amerikanische Händler, Ölkonzerne und Reedereien jeden Kontakt mit russischen Flottenbetreibern eingestellt haben, bauten griechische Schiffseigner ihr Russland-Geschäft weiter aus.“

Für Russlands Ölverkäufer hat der Seeweg an Bedeutung gewonnen, seit durch Leitungen immer weniger fließt. Deutsche Raffinerien beispielsweise haben den Rohstoffbezug über die russische Druschba-Pipeline bereits drastisch verringert. Deshalb müssen Rosneft & Co ihr schwarzes Gold jetzt oft um den halben Globus schippern, um noch Abnehmer zu finden.

Ende April etwa nahm der griechische Supertanker „Nissos Rhenia“ russisches Rohöl der Sorte Urals im Hafen von Rotterdam an Bord und stach Richtung Singapur in See, berichtet Lloyd's. Immer mehr Tankerrouten hätten jetzt auch Indien, China und Südkorea zum Ziel. Die Frachtraten für Öltanker sind wegen des Ukraine-Krieges bereits um 230 Prozent gestiegen.

Marktanteil verdreifacht

Griechenland, der größte Flottenbetreiber der Welt, profitiert entsprechend. Nach den Zahlen von Lloyd's machten in den russischen Ölhäfen Primorsk, Novorossiysk, Ust-Luga und St. Petersburg im Laufe des Monats April 190 Tanker die Leinen los, davon fuhren allein 76 unter griechischer Flagge. Damit haben die Hellenen ihren Anteil im russischen Öltransport gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Richard Maede beobachtet für Lloyd's List von London aus das Geschehen am Tankermarkt. Er steht im direkten Kontakt mit vielen griechischen Schiffseignern und beschreibt deren Selbstverständnis so: „Wir sind bescheidene Taxifahrer, die einfach nur dorthin fahren, wo man uns hinschickt.“ Die Dienstbarkeit für Russlands Ölexporteure stelle aus ihrer Sicht keinen formalen Bruch der EU-Sanktionen dar.

Doch in der Ukraine sieht man das anders. In Kiew hat sich unter Beteiligung ukrainischer Regierungsmitglieder eine Russian Tanker Tracking Group gebildet, die mithilfe von frei verfügbaren Online-Daten jede Tankerfahrt von und nach Russland akribisch aufzeichnet.

„Unternehmen, die mit fossilen Brennstoffverträgen weiterhin wesentlich russische Kriegsverbrechen finanzieren, sollen wissen, dass die Ukraine jede Möglichkeit prüft, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen“, teilt der Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Oleg Ustenko, über die Plattform Global Witness mit. Die Generalstaatsanwältin der Ukraine, Iryna Wenediktowa, gab in einem Interview mit Lloyd's List kund, juristische Schritte gegen Unternehmen und Einzelpersonen im Ölgeschäft mit Russland bereits vorzubereiten.

„Blutgeld“-Pranger für Öltanker

Solange Energielieferungen vom EU-Hafenbann explizit ausgenommen sind, dürfte das Vorgehen allerdings kaum eine Rechtsgrundlage haben. Deshalb versucht die Tanker Tracking Group in der Zwischenzeit, über die Internetseite „blood-oil.today“ (Blutöl heute) zusätzlichen öffentlichen Druck aufzubauen.

Dort zeichnen die ukrainischen Organisatoren die täglich zu beobachtenden Schiffsbewegungen nach. Länder wie die Niederlande, China, die Türkei oder Indien, die laut Tracking-Daten am häufigsten russische Öltanker anziehen, werden in einem „Blutgeld“-Ranking an den Pranger gestellt.

Den Wert der russischen Ölexporte seit Kriegsbeginn rechnen die Lobbyisten in Rüstungsgüter um. Für die Öleinnahmen von täglich 509 Millionen US-Dollar hätte Russland demnach theoretisch 21.000 Panzer, 31 Millionen Sturmgewehre der Marke AK47 oder 83 Milliarden Schuss Munition kaufen können. Deutschland steht in dieser Liste auf Platz 14 mit einem täglichen Bezug von 85.506 Barrel (Fass mit 159 Liter) Öl aus Russland.

Das dafür nach Moskau überwiesene Geld würde reichen, um 469 Panzer zu kaufen, heißt es auf der Seite. Kein Wunder also, dass die am Freitag beschlossene Lieferung von sieben Panzerhaubitzen aus Deutschland die Kritiker in der Ukraine kaum zufriedenstellt.

Griechenland kündigt Widerstand an

Ob dieser Druck zur Entscheidung der EU beigetragen hat, nun ein weiteres, sechstes Sanktionspaket vorzubereiten, ist unklar. Nach den Vorschlägen, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diese Woche präsentierte, sollen in sechs Monaten alle Ölimporte aus Russland unterbunden werden, egal, ob der Rohstoff per Pipeline oder Öltanker geliefert wird.

Griechenland kündigte bei der Sitzung der EU-Botschafter in Brüssel am Mittwoch Widerstand an und begründete das mit der Bedeutung des Tankergeschäfts für das Land: Es sei wenig gewonnen, wenn asiatische Schiffseigner für Russland den Öltransport besorgten. Dass Griechenland mit 716 Öltankern eine größere Flotte betreibt als China, Japan, Korea und Singapur zusammen, ließ der Emissär aus Athen freilich unerwähnt.

Wenn sich die EU dennoch auf das Vollembargo einigt, dürfte es für Russland schwer werden, sein Öl noch anderweitig loszuwerden. Denn Tanker werden dann knapp und teuer. Die Wirkungen fehlender Öleinnahmen auf den russischen Staatshaushalt schätzen Ökonomen drei- bis viermal stärker ein als die ausbleibenden Gaseinkünfte.

Putin reagiert deshalb empfindlich: Er unterzeichnete bereits ein Dekret über „wirtschaftliche Vergeltung“ gegen den Westen. Produkte und Rohstoffe aus Russland dürfen demnach nicht mehr an Personen und Unternehmen verkauft werden, die auf der Sanktionsliste des Kremls stehen, Verpflichtungen gegenüber westlichen Geschäftspartnern dürfen dann verweigert werden. Welche Unternehmen es trifft, will der Kreml kommende Woche bekannt geben.

Tagesschau:

[EU-Maßnahmen gegen Russland: Wo die Sanktionen löchrig bleiben | tagesschau.de](#)

Trotz mehrerer EU-Sanktionspakete hat Russland weiterhin viele Einnahmequellen. Das liegt auch an Sonderregeln wie für die Diamantenindustrie. Händler argumentieren: Ein Embargo wäre wirkungslos.

Die Hoveniersstraat im belgischen Antwerpen ist rund 300 Meter lang, streng bewacht und das unangefochtene Zentrum des weltweiten Diamantenhandels. Fast alle Diamanten der Welt werden irgendwann einmal hier und in den umliegenden Geschäften gehandelt. Laut der Stadt Antwerpen liegt der jährlich gehandelte Warenwert bei rund 47 Milliarden Euro. Fast jeder dritte Diamant in der Hoveniersstraat stammt ursprünglich aus Russland, auch während des laufenden Krieges. Der Grund: Rohdiamanten aus Russland sind eine Ausnahme im Sanktionssystem der EU. Denn obwohl im vierten EU-Sanktionspaket der Verkauf von Diamanten nach Russland verboten wurde, ist der Import russischer Rohdiamanten weiterhin erlaubt - anders als in den US-amerikanischen oder britischen Sanktionen.

Diamantenhändler befürworten Ausnahme

Die Ausnahme sei sinnvoll, findet Tom Neys vom Antwerp World Diamond Center. Ein Importbann würde "null Auswirkungen" auf Russland haben. Denn anders als Öl und Gas könne Putin die kleinen Steine ohne großen Aufwand in anderen Handelszentren verkaufen, in Dubai oder Indien beispielsweise. Gleichzeitig würden in Antwerpen 30 Prozent des Marktes wegbrechen, "Tausende Jobs" seien in Gefahr - ebenso wie langwierig aufgebaute, internationale Sicherheitsstandards bei der Geldwäsche-Bekämpfung. Diamanten sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Belgien. Sie machen etwa fünf Prozent des Exportvolumens aus. Deswegen hat sich laut EU-Diplomaten vor allem Belgien für diese Ausnahme eingesetzt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kritisierte Ende März vor dem belgischen Parlament hingegen diejenigen, „die glauben, dass russische Diamanten zum Beispiel in Antwerpen wichtiger sind als der Krieg in Osteuropa“.

Sonderregeln für Metalle, Schiffe und Gas

Nicht nur für Diamanten gelten besondere Regeln. Auch die für die europäische Industrie wertvollen Metalle Palladium, Titan, Nickel, Kupfer, Aluminium und Eisenerz aus Russland dürfen weiter in die EU importiert werden. Politisch stand deren Einfuhrverbot offenbar nie zur Diskussion. Außerdem: Laut der Sanktionsregeln dürfen Schiffe, die unter russischer Flagge fahren, in der Regel nicht mehr in EU-Häfen anlegen. Schiffe in russischem Besitz, die unter einer anderen Flagge fahren, sind davon allerdings nicht betroffen. Eine Sonderregel, die einige Länder bei den Verhandlungen durchsetzten. Auch das russische Gas fließt weiterhin in die EU. Ein Importverbot wird zwar immer wieder diskutiert, scheitert aber nicht zuletzt an deutschen Interessen und Abhängigkeiten.

Ausnahmen beim Öl-Embargo

Um die Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu beenden, hat die EU-Kommission in dieser Woche ein zukünftiges Öl-Embargo vorgeschlagen - und diese Sanktion ebenfalls mit Sonderregeln versehen. Während die meisten Mitgliedsstaaten ihre Einfuhr von russischem Öl bis Jahresende beenden sollen, gilt die Übergangsfrist für Ungarn, Tschechien und die Slowakei offenbar erst später. Laut Informationen der Nachrichtenagenturen dpa und Reuters sollen die drei Länder wegen ihrer großen Abhängigkeiten noch bis 2024 russisches Öl kaufen dürfen. Dem Vorschlag der EU-Kommission müssen die Mitgliedsländer allerdings noch zustimmen.

Folgen der Sonderregeln

Für den Wirtschaftswissenschaftler Guntram Wolff vom Brüsseler Thinktank Bruegel kommt das Öl-Embargo aber ohnehin zu spät und zu zögerlich. Die Übergangsfristen hält er für zu lang, da Russland so „in den nächsten sechs bis acht Monaten weiter enorme Einnahmen“ aus dem Ölverkauf haben werde. Die steigenden Rohstoffpreise hätten noch einen zusätzlichen Effekt: Der Handelsüberschuss Russlands werde in diesem Jahr nach Bruegel-Beobachtungen sogar steigen, nicht sinken - trotz Sanktionen. Politisch befürchtet der grüne EU-Abgeordnete Rasmus Andresen noch weitere Konsequenzen. Das „Signal“, welches von den Ausnahmen ausgehe, sei „schwierig“. Dies führe dazu, dass bei kommenden

Verhandlungen „andere Staaten lauter schreien“ und die europäische Gemeinsamkeit untergraben werde.

Handelsblatt

Die Wirtschaft hamstert (HB)

Die Industrie sichert sich aus Angst vor Lieferengpässen in großem Umfang Vorprodukte. Das heizt die Preise weiter an - und könnte zum Problem werden.

Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung und die Sorge vor Materialmangel treiben die Nachfrage bei Herstellern von industriellen Vorprodukten wie Stahl, Halbleitern und Kunststoff. Zahlreiche Unternehmen aus den entsprechenden Branchen melden Rekordzahlen - denn viele Kunden füllen ihre Lager auf, um trotz drohender Knappheiten ihrerseits liefern zu können.

Der Chef des Stahlhändlers Klöckner & Co. sprach gar von "Panikkäufen" in den Abnehmerindustrien - und verbuchte eine Verdoppelung des Gewinns. Immobiliendienstleister wie JLL registrieren eine Rekordnachfrage nach Lagerflächen: Mit rund 2,3 Millionen Quadratmetern in Lager- und Logistikimmobilien vermietete JLL mehr Fläche als je zuvor in einem ersten Quartal.

Die deutsche Wirtschaft rechnet wegen des Ukrainekriegs mit anhaltenden Problemen in den Lieferketten. "Die verarbeitende Industrie hat volle Auftragsbücher und versucht, sich jedes verfügbare Vorprodukt zu sichern", sagt Markus Mayer, Chemieexperte bei der Baader Bank. "Sie will lieferfähig bleiben und fürchtet weitere Preissteigerungen."

Tatsächlich treibt die Lagerhaltung die Preise zusätzlich an. Das zeigt die Konjunkturmfrage des Familienunternehmerverbands, die dem Handelsblatt vorliegt. Demnach haben sich die Einkaufspreise für Vorprodukte im April im Vergleich zum Vorjahr um 56 Prozent verteuert. Bei den Rohstoffen liegt das Plus bei 46 Prozent.

Perspektivisch könnte die Industrie allerdings auf ihren vollen Lagern sitzen bleiben. Der Ausblick trübt sich in vielen nachgelagerten Branchen bereits ein. HB

Die Wirtschaft hamstert

So fiel der Ifo-Konjunkturindex, der die Erwartungen der Autoindustrie misst, im April von minus 21,8 auf minus 30,4 Zähler. "Die Pkw-Hersteller sind verunsichert aufgrund des Kriegs in der Ukraine", sagt Oliver Falck, Leiter des Ifo-Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien.

Trotzdem kauft die Branche im großen Stil knappe Halbleiter ein. Vor allem Kunden aus der Autoindustrie würden zum Teil deutlich mehr Chips bestellen, als sie tatsächlich benötigten, sagt Sascha Bütterling vom Lieferkettenspezialisten Supplyframe. Inwiefern das den Chipmangel noch verschärfe, sei aber unklar.

Um Hamsterkäufe zu verhindern, fordern viele Chiphersteller von ihren Kunden inzwischen fixe Abnahmegarantien und Vorauszahlungen. Lieferfristen von einem Jahr und mehr sind laut Supplyframe in der Branche inzwischen üblich. Einfach mehr zu ordern hilft den Kunden allerdings wenig: "Wir sind für 2023 fast ausverkauft", sagt Jean-Marc Chery, Chef von STMicroelectronics. "Die Nachfrage übersteigt das Angebot um 30 bis 40 Prozent."

Alle Bestellungen für die Autoindustrie gelten bei STMicroelectronics, Europas größtem Halbleiterhersteller, als "NCNR" ("non-cancelable/non-returnable") - sprich nicht stornier- und umtauschbar. Dazu kommt: Die Chiphersteller haben angesichts der gewaltigen Nachfrage ihre Preise auch im ersten Quartal noch einmal deutlich erhöht. So müssen die Auftraggeber jetzt für einzelne Chiptypen bis zu ein Fünftel mehr zahlen als im Vorjahr.

"Auch in der Stahlindustrie versucht man, den großen Andrang zu managen, um alle Kunden gleichermaßen bedienen zu können. "Es gab Kunden, die ihre Bestellungen vervierfachen wollten", sagte Klöckner-Chef Guido Kerkhoff bei der Vorlage der Quartalszahlen vor wenigen Tagen. Teilweise habe der Stahlhändler solche Bestellungen ablehnen müssen, denn ansonsten hätte die Gefahr bestanden, andere Kunden nicht beliefern zu können.

Aktuell profitiert Klöckner wie viele Unternehmen aus der Stahlbranche vor allem von den hohen Preisen, die aus der größeren Nachfrage resultieren. Ähnlich sieht es in der Chemieindustrie aus, wo etwa Lanxess zuletzt um 30 Prozent höhere Preise durchsetzen konnte. Gleichzeitig baut der Kölner Spezialchemiekonzern selbst sein Lager aus, wie Vorstandschef Matthias Zachert kürzlich bei der Zahlenvorlage berichtete: "Wir haben lange von der Hand in den Mund gelebt, können seit März aber wieder die Lager füllen." Das gelte auch für die Kunden, die im zweiten Quartal verstärkt Lageraufbau betreiben werden, erwartet Zachert.

Zwei Entwicklungen hatten den Lageraufbau zuletzt verhindert. Zum einen konnten weite Teile der Chemiebranche wegen Materialmangels gar nicht so viel liefern wie benötigt. Was auf den Markt kam, haben die verarbeitenden Industriefirmen den Herstellern praktisch aus der Hand gerissen, um die eigenen gefüllten Auftragsbücher abarbeiten zu können.

Zum anderen haben die Firmen die Lagerhaltung bis ins neue Jahr hinein bewusst niedrig gehalten, weil sie im Laufe des ersten Halbjahrs mit besserer Verfügbarkeit und entsprechend sinkenden Preisen gerechnet hatten. Das aber erwies sich spätestens mit Beginn des Ukrainekriegs als trügerische Hoffnung. Vielmehr sind die Einkaufspreise, ebenso wie die Energiekosten, gestiegen.

Darüber hinaus schauen viele Unternehmen mit Sorge auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der rigiden Coronapolitik in China. Die strikten Lockdowns in Städten wie Schanghai lassen vor allem die Logistik zusammenbrechen. In dieser von vielen Unsicherheiten geprägten Phase wollen Firmen ihre Produktionsfähigkeit sichern. Der Lageraufbau mit Chemikalien und Kunststoffen - sofern sie verfügbar sind - dürfte aus Sicht von Chemieexperte Mayer daher noch mindestens zwei Quartale anhalten.

Dass diese Prognose zutreffen könnte, zeigt das Beispiel von Uzin Utz. Der Hersteller von Fußbodentechnik ist im CDax notiert, der alle Aktien aus Dax, MDax, TecDax und SDax zusammenfasst. Das Unternehmen bezieht vor allem chemische Vorprodukte - und baut seine Lagerbestände wegen der Marktlage im Moment kräftig aus.

"Es war in den letzten zwei Jahren schwierig, Lagerbestände aufzubauen, weil wir sehr stark von unseren Lieferanten kontingentiert wurden", sagt Vertriebsvorstand Philipp Utz. "Das machte es natürlich bei steigenden Absätzen schwierig, Bestand aufzubauen."

Sorge vor Preissteigerungen

Nun seien chemische Rohstoffe wieder besser verfügbar - während sich gleichzeitig die Nachfrageseite verändere. "Bedingt durch die Unsicherheit durch den Ukrainekrieg nimmt derzeit vor allem in Osteuropa die Nachfrage ab. Das schafft dann auch wieder freie Kapazitäten, um Lagerbestände für andere Märkte aufzubauen."

Auch bei den Kunden beobachtet Utz die Tendenz zu Hamsterkäufen. Dabei sei die Motivation diesmal eine andere als noch vor zwei Jahren, bei Ausbruch der Pandemie: "Das hatte damals eine ganz andere Dynamik. Damals war die Sorge da, dass durch Corona plötzlich die ganze Lieferstruktur komplett zusammenbricht. Analog zum Klopapierereffekt haben deshalb auch unsere Kunden, gerade die Großhandelskunden, massiv auf Lager gestellt." Diesmal gehe es den Kunden aber vor allem darum, die Kosten im Rahmen zu halten: Sie wollten möglichst viele Produkte zu einem derzeit noch günstigeren Preis mitnehmen.

Allerdings verschlechtern sich die Aussichten auf dem Bau zusehends - auch weil die gestiegenen Preise für Stahl und erdölbasierte Baustoffe wie Bitumen, Kunst- und Dämmstoffe die Erfüllung laufender Verträge immer schwieriger machen. Bei neuen Verträgen wiederum geben die Budgets der Kunden die gestiegenen Kosten oft nicht her, weswegen Projekte gar nicht erst zustande kommen. Weniger als ein Viertel der Bauunternehmen erwartet für 2022 laut einer Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB) noch höhere Umsätze, gut 40 Prozent rechnen hingegen mit niedrigeren Umsätzen als im Jahr 2021. "Uns steht ein schwieriges Jahr bevor", sagte ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa.

Mit ihrer Hamstertaktik könnten viele Unternehmen auch der Grund dafür gewesen sein, dass Deutschland bislang noch nicht in eine technische Rezession gerutscht ist. So wuchs die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,2 Prozent. Im Vierteljahr davor war sie um 0,3 Prozent zurückgegangen. Bei zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsleistung wird von einer technischen Rezession gesprochen.

Das leichte Wachstum im ersten Quartal kam für viele Experten überraschend. Das Plus hätten vor allem höhere Investitionen ermöglicht, erklärte das Statistische Bundesamt. Die starken Investitionen könnten zum Teil daher rühren, dass die Unternehmen angesichts der Krise ihre Lager aufgefüllt und die Konjunkturabkühlung damit temporär verdeckt haben.

"Gut möglich, dass da noch mal kräftig gebunkert wurde", erläutert Michael Grömling, Konjunkturexperte beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Denn während Vorprodukte und Rohstoffe, die gleich verarbeitet werden, zum Konsum zählen, fließt das Auffüllen der Lager in die Investitionen ein. Ob dem wirklich so ist, wird sich allerdings erst Ende Mai definitiv zeigen, wenn das Statistische Bundesamt die detaillierten Ergebnisse vorstellt.

Boom bei Lager- und Logistikflächen

Für den Trend indes spricht der Umsatz mit vermieteten Lager- und Logistikflächen, zeigt eine Analyse der BNP Paribas. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug der dahingehende Flächenumsatz 2,33 Millionen Quadratmeter. Das ist ein Allzeithoch und fast 60 Prozent mehr als der langjährige Durchschnitt. Der Flächenumsatz ist die Summe aller Flächen, die neu vermietet, an Eigennutzer verkauft oder von Eigennutzern für sich selbst errichtet werden.

Vor allem die Industrie erschließt neue Lager- und Logistikareale. Auf sie entfällt mehr als ein Drittel der neuen Flächen im ersten Quartal. 30 Prozent gehen auf Logistikdienstleister zurück, 26 Prozent auf den Handel. "Wir beobachten, dass Unternehmen wegen der Störungen in den Lieferketten ihre Warenlager aufstocken", sagt Hauke Burkhardt, Leiter Unternehmensfinanzierung der Deutschen Bank.

NZZ

„Es ist nicht der Krieg der Mitarbeiter“

Warum Metro, Ritter Sport, Globus und andere am Russland-Geschäft festhalten

Gehen, bleiben oder abwarten? Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine überprüfen viele Unternehmen ihr Russland-Geschäft. Dabei ist Bleiben nicht minder schwierig, als alle Dämme abzurechen, denn der öffentliche Shitstorm und der Hass des Mobs sind garantiert.

„Die Hetzjagd, die teilweise gegen unser Unternehmen gestartet wurde, macht mich betroffen“, schrieb Andreas Ronken, Chef von Alfred Ritter, vor rund einem Monat auf LinkedIn und ergänzte: „Die Art und Weise dieser Kommunikation gegen uns und persönlich gegen Mitarbeitende von uns erschüttert mich.“ Das Unternehmen Ritter Sport hatte es gewagt, trotz dem russischen Überfall auf die Ukraine weiter Schokolade nach Russland zu liefern. In solchen Fragen kennt der Mob offenbar nur Schwarz und Weiss. Doch für viele Unternehmen gibt es im Hinblick auf ihre Russland-Geschäfte zahlreiche Grautöne.

Hass-Mails und Hacker-Drohungen

Ähnliche Erfahrungen wie Ritter Sport machen auch andere Unternehmen, die an ihren Russland-Aktivitäten festhalten. In den öffentlichen Shitstorm samt Boykottaufrufen geraten dabei vor allem Firmen aus dem Konsumgüterbereich, deren Marken sehr bekannt sind. Auch bei einem anderen deutschen Familienunternehmen, das nicht genannt werden möchte, war man erschüttert über die Flut von Hass-Mails und die Reaktionen in den sozialen Netzwerken. Manche Firmen sehen sich sogar mit Drohungen anonymer Hacker konfrontiert.

Das Problem hat sich akzentuiert, seit Jeffrey Sonnenfeld, ein Management-Professor an der amerikanischen Universität Yale, kurz nach Kriegsausbruch eine umfangreiche Liste ins Internet gestellt hat, in der westliche Unternehmen nach ihrem weiteren Verhalten in Russland eingeteilt sind. Sonnenfeld kategorisiert die Unternehmen von «A» (Rückzug, klarer Bruch) bis «F» (Zurückweisung der Ausstiegsforderungen oder Reduktion der Aktivitäten). In der letzten Kategorie tauchten bis vor kurzem aus Deutschland GEA Group, Globus, Liebherr, Metro, New Yorker und Storck auf.

Jüngst rückte GEA in die Kategorie «E» (Zeit kaufen) auf, zugleich kamen Stada Arzneimittel, Ela Container, Rabe Moden, Hoffmann Group und andere dazu. Bekannte Namen aus der Schweiz sind Bucher, Ems-Chemie, Sika oder Swiss Krono. Einige Firmen beschwerten sich aber über eine falsche Einordnung, etwa der Süßwarenhersteller Storck, zu dessen Portfolio Marken wie Toffifee, Merci, Knoppers oder Nimm 2 gehören.

Wichtige Nahrungsmittelversorgung

Warum halten Unternehmen trotz dem immensen öffentlichen Druck an ihren Geschäften in Russland fest? Die Antworten sind vielfältig, oft plausibel und deutlich differenzierter als die Kommentierung in sozialen Netzwerken. Der Pharma- und Chemiekonzern Bayer (Kategorie «E») setzt etwa die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Medikamenten sowie den Vertrieb von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln fort, wie der Konzernchef Werner Baumann vor einigen Wochen im Interview mit der NZZ erklärte. So liefert Bayer weiter Krebsmedikamente, auf die Patienten in Russland angewiesen sind.

Der Handelskonzern Metro und das Einzelhandelsunternehmen Globus Holding (Globus-Markthallen) weisen darauf hin, dass sie zur Lebensmittelversorgung der russischen Bevölkerung beitragen. Die Regierung der USA unterstreiche beispielsweise explizit die eigene Verpflichtung, die Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln für das russische Volk nicht mit Sanktionen zu belegen, heißt es etwa von Globus.

Auch der Industriekonzern Gea Group (ehemals Metallgesellschaft) verweist auf Forderungen der USA, der EU und der G 7, die Sicherstellung der Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten. Gea stellt Maschinen für die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln, Milchprodukten und pharmazeutischen Anwendungen her und wartet diese.

Vor allem für Globus und Metro ist das Russland-Geschäft zugleich von erheblicher Bedeutung. Beide Unternehmen haben rund 10 000 Mitarbeiter vor Ort, Metro betreibt 93 Märkte und Globus 19 Hypermärkte. Der Anteil am Gesamtumsatz beträgt bei Globus zum derzeitigen Wechselkurs etwa 25 Prozent, bei Metro sind es 10 Prozent. Gea wiederum hat 450 Mitarbeiter, betreibt zwei Gesellschaften und drei kleinere Produktionsstandorte für den lokalen Markt. Von potenziellen Enteignungen, welche die russische Regierung bereits angedroht hat, wenn internationale Konzerne ihre Arbeit im Land beenden, wären die Unternehmen also deutlich betroffen.

Fürsorgepflicht gegenüber Mitarbeitern

Stark in Russland verankert ist auch die Unternehmensgruppe Liebherr, deren Hauptsitz sich in Bulle in der Schweiz befindet. Der Familienkonzern ist seit 1965 in Russland aktiv und beschäftigt dort 2300 Mitarbeiter, unter anderem in zwei Produktionswerken, in einer Vertriebs- und Servicegesellschaft mit Hauptsitz in Moskau sowie in landesweiten Niederlassungen. Laut Liebherr International Deutschland produziert das Unternehmen in Russland Zulieferteile für Liebherr's Schwesterwerke in West- und Mitteleuropa, die für die interne Lieferkette sehr bedeutend sind. Ein vollständiger Stopp der Lieferung hätte somit schwerwiegende Folgen für die Produktion in anderen Werken und die dortigen Mitarbeiter.

Fast alle angefragten Unternehmen verweisen auf ihre Verantwortung für die Mitarbeiter und deren Familien sowie auch die Kunden. «Es ist nicht der Krieg unserer Mitarbeiter», sagt beispielsweise der Vertreter eines Familienunternehmens. Von Liebherr heißt es dazu: «Weder unsere Kunden noch unsere Beschäftigten tragen eine persönliche Verantwortung am Krieg in der Ukraine. Wir sehen uns daher unverändert in einer Fürsorgepflicht gegenüber unseren russischen Mitarbeitenden.» Bei manchen kleineren Unternehmen kennt man die Mitarbeiter teilweise seit Jahrzehnten, hat einen engen Draht zu ihnen und deutet an, dass viele das Regime von Putin kritisch sehen. Sollte man diese Menschen in die sichere Arbeitslosigkeit schicken?

Zudem sehen sich die Unternehmen unter anderem an bestehende Verträge gebunden, fürchten Schadenersatzforderungen und Enteignungen sowie mögliche repressive Maßnahmen des russischen Staates gegen Manager und Beschäftigte. Letztlich befinden sich die Unternehmen, die alle die russische Aggression gegen die Ukraine scharf verurteilen, in einem Dilemma. Einerseits möchte man sich der internationalen Ächtung der russischen Regierung anschließen, andererseits gibt es plausible Gründe, vorerst am russischen Geschäft festzuhalten, wenngleich auch sie ihre Aktivitäten oft reduzieren, Investitionen stoppen, Werbung einstellen und andere weniger einschneidende Maßnahmen treffen.

Lieferketten und Zahlungsverkehr

Operativ lässt sich das Geschäft bisher trotz den Sanktionen aufrechterhalten. Der Zahlungsverkehr stellt kein Problem dar, solange nicht alle russischen Banken vom globalen Finanztransaktionssystem Swift ausgeschlossen sind. Dies spiegelt auch die geringe Effektivität der Swift-Sanktionen, solange nicht alle russischen Banken davon betroffen sind. Auch die Lieferketten können die Unternehmen noch aufrechterhalten. Manche Unternehmen kaufen primär in Russland lokal für den lokalen Markt ein, beispielsweise Metro und Globus. Andere können Lieferketten über die russische Enklave Kaliningrad oder die baltischen Staaten aufrechterhalten.

Auch für das eingangs erwähnte Unternehmen Ritter Sport ist Russland ein bedeutender Markt. Der Firmenchef Ronken, dem wohl kaum jemand, der ihn kennt, unethisches Verhalten vorwerfen würde, sieht sich ebenfalls in der Verantwortung für Mitarbeiter und Partner. Er verweist darauf, dass Ritter Sport jahrelang faire und nachhaltige Lieferketten zu seinen Kakaobauern in Westafrika sowie in Mittel- und Südamerika aufgebaut habe. Viele von ihnen verlören bei einem Lieferstopp ihre Existenzgrundlage, schreibt Ronken auf

LinkedIn. Ritter will allerdings bis auf weiteres die Gewinne aus dem Russland-Geschäft spenden.

Handelsblatt

Das Schein-Embargo (HB)

Die Sanktionen sind gut gemeint, aber fehlerhaft konstruiert und kontraproduktiv.

In der historischen Betrachtung haben Sanktionen in den seltensten Fällen das gewünschte Ergebnis erzielt. In der Regel haben sie weder die Haltung von Regierungen maßgeblich verändert, geschweige denn zu Regierungswechseln geführt, noch Kriege eingedämmt oder verhindert. Dennoch sind Sanktionen ein wichtiges Instrument. Sie setzen ein politisches Zeichen, bringen die Hoffnung mit sich, für die Zukunft einen gewissen Abschreckungseffekt zu erzeugen.

So ist auch der geplante Ölboykott gegen Russland ebenso legitim wie notwendig. Zu gewaltig sind die Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine. Zu groß ist auch das Risiko, dass andere Autokraten sich motiviert fühlen, der Methode Putin nachzueifern und ein souveränes Nachbarland zu überfallen. Deswegen sollte der Westen mit aller Härte reagieren.

Leider aber haben die europäischen Strategen in ihrem Bemühen, einen nachhaltigen Sanktionseffekt zu erzielen, so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Geschlossenheit, Schnelligkeit und zumindest ein gewisser Überraschungseffekt - das sind die drei notwendigen Voraussetzungen, damit Sanktionen ihre Wirkung erzielen. Hinreichend sind sie - wie die Sanktionshistorie zeigt - längst nicht.

Keines der drei Kriterien trifft auf den jetzigen Ölboykott zu. Von Geschlossenheit kann keine Rede sein: Slowenien und vor allem wieder einmal Ungarn drängen auf Ausnahmeregelungen, weil ihre Abhängigkeit vom russischen Öl einfach zu groß ist. Von Geschwindigkeit auch keine Spur: Erst gab es eine wochenlange Debatte darüber, wer überhaupt in welchem Maße beim Boykott mitmacht. Russlands Staatschef Wladimir Putin dürfte sie von seiner Kremelfestung aus mit Freude verfolgt haben. Dann gibt es jetzt auch noch lange Fristen, derweil die Milliarden weiter in die russische Kriegskasse fließen. Milliarden, von denen der Kanzler fälschlicherweise behauptet, Putin könne damit wegen der Finanzsanktionen gar nichts anfangen.

Und der Überraschungseffekt, der dem Sanktionierten die Chance nehmen soll, Ausweichmöglichkeiten zu finden, ist nach diesen nicht enden wollenden Debatten völlig verpufft. Überraschend war allenfalls die Tatsache, dass die Europäer so lange gebraucht haben, um einen schwachen Kompromiss zu finden - den Putin nicht wirklich fürchten muss.

Der Boykott ist insgesamt also handwerklich so schlecht gemacht, dass man eher von einem Schein-Embargo sprechen müsste. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass in Demokratien solch folgenreichen Entscheidungen eine Debatte vorausgeht, ja vorausgehen muss. Vor-

und Nachteile werden abgewogen, die langfristigen Effekte gründlich geprüft. Immerhin hat Deutschland erstmals eine aktive Rolle dabei gespielt und sich nicht mit jenem reaktiven Verhalten begnügt, das der Kanzler zur Maxime seines Handelns gemacht zu haben schien.

Sanktionen sind richtig: Kriege dürfen sich nicht mehr lohnen. Sanktionen müssen aber auch richtig gestaltet sein. Die ewigen Debatten verunsichern die Märkte und treiben den Ölpreis. Am Ende kann das dazu führen, dass der Kriegsherr im Kreml kurzfristig als Sieger der Boykotts hervorgeht, weil seine Einnahmen noch steigen. Auch in dem Punkt hätten die westlichen Verbündeten Vorsorge treffen können, indem sie mehr Überzeugungsarbeit bei den übrigen ölexportierenden Ländern leisten, ihre Förderquoten zu erhöhen.

Der beste Weg, eine Eskalation zu vermeiden - auch eine atomare übrigens -, sind Stärke und Geschlossenheit. Das setzt die Bereitschaft aller Beteiligten voraus, Opfer zu bringen. Wenn der Westen in dieser gefährlichsten geopolitischen Lage seit Jahrzehnten das nicht schafft, wird sich Putin demnächst fragen, ob die westliche Allianz bereit wäre, Nato-Länder wie Litauen zu verteidigen.

Die europäischen Strategen haben in ihrem Bemühen, einen nachhaltigen Sanktionseffekt zu erzielen, so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann.

[Newsprospect](#)

Gehen oder bleiben. Weltmedien über das Problem der moralischen Entscheidung westlicher Unternehmen (Newspr – Übersetzung RU)

Der Rückzug einer Reihe von internationalen Unternehmen vom russischen Markt ist einer der ersten Punkte in einer langen Liste von Phänomenen, die jetzt beobachtet und analysiert werden. Aber auch die Zahl der "Flüchtlinge" wird nicht genau erfasst, und dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Am bemerkenswertesten ist jedoch die große Kluft zwischen den öffentlichen Erklärungen der Unternehmen und ihrem tatsächlichen Handeln.

Eines der Themen öffentlicher Studien und Diskussionen in der internationalen Presse ist die Frage, welche Unternehmen wirklich aus dem "toxischen" Markt aussteigen, welche ihre Geschäftsaktivitäten einstellen oder reduzieren und welche den Prozess nur nachahmen. Marktexperten versuchen auch, die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen abzuschätzen.

Nach Berechnungen der Forschungsgruppe der Yale University's School of Management stehen Ende April bereits rund 750 Unternehmen auf der Liste der "Aussteiger". Zahlreiche amerikanische und britische Publikationen zitieren seit einem Monat ihre Einschätzung.

Zwar spiegelt der Titel der jüngsten Veröffentlichung der Universität die Unklarheit der Situation wider, die sich in den letzten anderthalb Monaten entwickelt hat: "Mehr als 750 Unternehmen haben ihre Aktivitäten in Russland eingestellt, aber viele bleiben bestehen".

Ein Forscherteam unter der Leitung von Professor Jeffrey Sonnenfeld stellt die These auf: "Mehr als 750 Unternehmen haben öffentlich angekündigt, dass sie ihre Aktivitäten in Russland freiwillig einschränken - zum Teil über das von den internationalen Sanktionsregelungen festgelegte Mindestmaß hinaus -, aber einige Unternehmen sind weiterhin furchtlos in Russland tätig.

Die Autoren erklären weiter, dass sie zunächst eine einfache Liste von "Ausstiegs-" oder "Verbleibskategorien" erstellten, aber innerhalb eines Monats wurde die Liste der "Ausstiegsriterien" auf fünf Kategorien erweitert, die auf einer Schulnotenskala von A bis F eingestuft wurden (je nach Vollständigkeit und Offenheit des Prozesses der Loslösung vom russischen Markt).

Die gleichen "multisektoralen" Geschäftspraktiken werden auch von anderen angesehenen Quellen hervorgehoben: WSJ, Financial Times, Forbes und The Economist.

Wie die Yale-Forscher weisen jedoch auch andere Journalisten und Experten darauf hin, dass die Unternehmen vor allem Geschäfte abwickeln, die unmittelbar und bedingungslos eingeschränkt sind, wie z. B. Dienstleistungen für Betreiber in der russischen Öl- und Gasindustrie. In den Fällen, in denen ein Tätigkeitsbereich keinen Beschränkungen unterliegt und die in diesem Bereich tätigen Unternehmen nicht börsennotiert sind, setzen sie ihre Tätigkeit häufig fort und schränken sie lediglich durch objektive Hindernisse im Bereich der Logistik und des Zahlungsverkehrs ein.

Dort, wo Unternehmen als öffentlich angesehen werden, z. B. im Verbrauchersektor, sind sie statt rechtlich verbindlicher Verbote oft mit Kampagnen von Aktivisten und der Androhung von öffentlicher Ächtung, Streikposten und lokalen Boykotten konfrontiert.

Natürlich erwartet niemand einen weltweiten Boykott von Unternehmen wie McDonald's oder Starbucks: Es ist höchst unwahrscheinlich, dass ein chinesischer oder brasilianischer Verbraucher aus einem ihm völlig fremden politischen Grund auf sein Mittagessen verzichten wird. Aber in der häuslichen Umgebung - in den USA und speziell bei Starbucks in Seattle - ist Wokeism (aufwecken, erkennen; eine Ideologie der sozialen Gerechtigkeit. - Mit aktiver Unterstützung der lokalen Medien hat sich der Weckismus zu einem sehr ernstem Problem entwickelt, das sich direkt auf die Antriebshebel der ESG (Umwelt, Soziales und Governance) auswirkt. - NP) im Vorstand des Unternehmens.

Aber selbst unter dem Druck der Öffentlichkeit haben sich die meisten "realisierten" Unternehmen darauf beschränkt, ihre Aktivitäten in Russland entweder vorübergehend einzufrieren oder einfach ihre Größe zu reduzieren und ihre Werbekosten zu senken.

Und nur das allgegenwärtige Beratungsgeschäft sieht in allem seine Chance, auch in diesen moralisch gefährlichen Schwankungen.

Der Philadelphia Inquirer hat einer der Beratergruppen, die ihre neueste Entwicklung "Breaking Ties with Russia: A Decision-Making Guide Now and into the Future" bereits gegen eine bescheidene Gebühr anbieten, das Podium überlassen.

Das Conference Board beginnt seinen Aufruf zur Zusammenarbeit mit einer hohen moralischen Note: "Für US-Unternehmen, die Russland verlassen, steht viel mehr auf dem Spiel als nur Geld. Unternehmen, die Russland verlassen, stellen moralische und politische Interessen über ihre Gewinne".

Der Economist schließt mit einer sehr viel nüchterneren und bodenständigeren Einschätzung des realen Spektrums von Chancen und Zielen für die Wirtschaft: "Der Abbruch der Beziehungen zu Russland kann weitaus größere geschäftliche und finanzielle Auswirkungen haben als eine Stellungnahme zu sozialen Fragen, was bedeutet, dass die Interessen der Aktionäre bei der Analyse stärker berücksichtigt werden müssen.

Der Economist veröffentlichte Anfang März mehrere Aufrufe an Unternehmen, sich von russischen Kunden zu trennen, und Ende März fasste er die Zwischenergebnisse unter der kombinierten Überschrift "Should I Stay or Should I Go? - Die komplexen russischen Dilemmata westlicher Unternehmen. Der Preis der moralischen Überlegenheit".

Die Publikation stellt eine Zeile aus deutschen Wirtschaftskreisen als einleitende Botschaft dar. "Unternehmen, die sich für einen Verbleib in Russland entscheiden, sollten nicht als Unterstützer [der Militäroperation in der Ukraine] verurteilt werden", sagt Michael Harms, Leiter des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Die Bemerkung betraf hauptsächlich das Düsseldorfer Handelsunternehmen METRO Cash&Carry.

Diejenigen, die sich dafür entscheiden, so zu bleiben, wie sie sind, werden einer Reihe von ethischen Ansprüchen unterworfen, das ist klar und wird durchgesetzt. Doch die zentrale Aussage des Artikels - "die große Frage ist, was mit den Unternehmen geschieht, die Russland verlassen haben" - bleibt weiterhin unbeantwortet.

Reuters-Kolumnisten betrachten in ihren Veröffentlichungen ganz instrumentell mehrere Methoden des Abschieds westlicher Unternehmen von Russland, auch ohne tatsächlichen Marktaustritt: "Die Risikoprämie bei Investitionen in Unternehmen, die in Russland Geschäfte machen, ist gestiegen", sagte ein befragter Geschäftsmann. Die Unternehmen versuchen, Wege zu finden, um alle Parteien zu beschwichtigen. So haben beispielsweise die Pharmaunternehmen Pfizer und Eli Lilly erklärt, dass sie alle Gewinne aus Verkäufen in Russland für humanitäre Hilfe verwenden werden. Novartis und Bayer haben der Ukraine Hilfe in Millionenhöhe zugesagt. Einige Unternehmen bleiben in Russland und suchen nach Partnern, die bereit sind, ihre [ausscheidenden] lokalen Betriebe zu kaufen oder zu übernehmen. R. Wheaton von British American Tobacco sagte, dass sein Unternehmen versuche, dies "schnell" zu tun. Laut Wheaton könnte unter den Interessenten ein russischer Vertriebshändler mit 30 Jahren Erfahrung sein".

Diese Spielchen mit den "alten Partnern" sind bereits von vielen Beobachtern bemerkt und geäußert worden.

Generell ist es einfacher, in den Medien globale Einschätzungen vorzunehmen als verlässliche Rezepte: eine ganze Konstellation von Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die UNO und eine Reihe anderer supranationaler Strukturen sind für den globalen Kontext verantwortlich.

CNN Business zitierte kürzlich den IWF mit den Worten: "Der Internationale Währungsfonds hat seine Erwartungen für das weltweite Wirtschaftswachstum in den nächsten zwei Jahren wegen [der Feindseligkeiten in der Ukraine] gesenkt und die Auswirkungen des Konflikts mit einem Erdbeben verglichen.

Inmitten solch "optimistischer" Prognosen versuchen Experten und Beobachter herauszufinden, welcher Teil der Welt oder welches Segment der Wirtschaft stärker erschüttert werden wird.

Man muss zugeben, dass der Rückzug von McDonald's oder Starbucks aus den auf dem russischen Markt eingenommenen Positionen kaum als so starker Krisenfaktor bezeichnet werden kann wie die drohende Unterlieferung von 10-15 % der jährlichen Weizenmenge an den Weltmarkt, aber diese unverdienten oder verschwendeten Rubel/Dollar/Euros fallen in irgendein Buch der Weltbuchhaltung.

Es ist also nicht schwer, die Märkte zu identifizieren, die im Mittelpunkt stehen: Energie, Finanzen und Lebensmittel. Anders sieht es in den Bereichen Technik, Verkehr und Verbrauchermarkt aus: Die Analyse der Verluste und Folgen in diesen Bereichen ist noch sehr oberflächlich und eher ein Thema für Experten aus den Ländern, in denen die Muttergesellschaften oder die wichtigsten Produktionsstätten angesiedelt sind.

Auch das Wall Street Journal hat die seit Anfang April verfügbaren Informationen zusammengetragen und einen Zwischenbericht mit dem Titel "Companies Estimate Their Losses from Operations in Russia" veröffentlicht, der mit einer nicht gerade optimistischen Botschaft beginnt: "Globale Unternehmen bereiten sich darauf vor, über die Auswirkungen [der Militäroperation] in der Ukraine auf die Gewinne zu berichten. Öffentlichen Erklärungen und vorgelegten Berichten zufolge rechnen globale Unternehmen mit Verlusten in zweistelliger Milliardenhöhe". Das Hauptaugenmerk in diesem Artikel und in anderen Medienberichten lag jedoch auf der Analyse und Prognose des Öl- und Gassegments.

Die BP Corporation wird als größtes Opfer des Rückzugs der "Militärsanktionen" bezeichnet: Ihr einmaliger Verlust wird bereits auf 25 Mrd. Dollar geschätzt, wobei die Kosten für die Verlagerung eines Teils ihrer Aktivitäten auf andere Quellen noch nicht berücksichtigt sind.

Wie viele Beobachter feststellten, "bereiten sich Öl- und Gasunternehmen, die sich zum Rückzug aus Russland verpflichtet haben, im Allgemeinen darauf vor, den gesamten Wert ihrer Anlagen abzuschreiben. Im Durchschnitt handelt es sich um Beträge zwischen 1 und 5 Mrd. USD pro Unternehmen.

Das schwedische Telekommunikationsunternehmen Ericsson hat bisher am wenigsten unter der kursierenden Liste der "Abgänge" gelitten - seine Verluste werden auf bis zu 95 Millionen Dollar geschätzt.

In dem WSJ-Artikel wird auch darauf hingewiesen, dass es nach den Rechnungslegungsvorschriften möglich ist, Verluste über mehrere Berichtszeiträume hinweg nicht auszuweisen, sondern in den Betriebskosten zu berücksichtigen, und McDonald's ist

das erste Unternehmen, das davon Gebrauch macht. Der Konzern, der im vergangenen Jahr rund 9 % des weltweiten Umsatzes von 23 Mrd. USD in Russland und der Ukraine erwirtschaftete, hat nicht mitgeteilt, ob er die Kosten für die Schließung von 847 seiner Restaurants in Russland übernehmen wird. Die Kette teilte mit, dass die Schließungen vorübergehend seien und 62.000 Mitarbeiter in Russland weiterhin ihre Gehälter erhielten.

Auch der Bankensektor gab über das Magazin Forbes seinen ersten negativen Ausblick: "Der Energiesektor ist nicht die einzige Branche, die von der Situation in Russland stark betroffen ist. Der Finanzsektor zum Beispiel könnte Milliarden verlieren. Der Vorstandsvorsitzende von JPMorgan, Jamie Dimon, sagte, dass die Bank aufgrund des Krieges im Laufe der Zeit etwa 1 Milliarde Dollar verlieren könnte, während die Citigroup warnte, dass sie fast 5 Milliarden Dollar verlieren könnte.

In einer anderen Publikation beschreibt Forbes die Parameter potenzieller Risiken für den Bankensektor: "Europäische Banken werden aufgrund der größeren Anfälligkeit durch die Abwertung ihrer russischen Vermögenswerte wahrscheinlich stärker leiden, aber der Hauptpool der US-Banken hat kaum Verbindungen zu den russischen Märkten, da sie ihre Aktivitäten nach [den Ereignissen auf der Krim] im Jahr 2014 bereits deutlich reduziert haben.

Forbes nennt die Größe des Spielplatzes - 121 Milliarden Dollar: "Nach den jüngsten Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist dies ungefähr der Betrag, den russische Unternehmen internationalen Banken schulden. US-Banken halten fast 15 Mrd. \$ an Forderungen, während europäische Banken mit 84 Mrd. \$ an Gesamtforderungen das höchste Risiko haben".

Eine recht ausführliche Durchsicht der führenden Wirtschaftspublikationen vermittelt den Eindruck, dass US-Beobachter europäischen Unternehmen (außer Öl und Gas) nicht viel Aufmerksamkeit schenken.

Börseninstitute wie die Deutsche Bank, Cociete General und Credit Suisse werden nur am Rande, fast in einem Satz, erwähnt, ebenso wie multinationale Unternehmen mit europäischen Tochtergesellschaften wie AB InBev, Nestle, Carlsberg oder Stellantis, obwohl sie aus anderen Sektoren stammen.

Für europäische Nachrichten muss man sich hauptsächlich an die nationale Wirtschaftspresse wenden - auf Deutsch, Französisch, Italienisch oder sogar Finnisch. Journalisten und Experten vor Ort kennen den mikroökonomischen Hintergrund genauer und haben eine klarere Vorstellung von den Folgen der Kürzungen und Abschreibungen.

Finnland ist ein gutes Beispiel, ein Land, das den St. Petersburgern gut bekannt ist und aufgrund seiner geografischen Lage enge Verbindungen zu unserem nordwestlichen Segment des russischen Marktes hat.

Der finnische Staatssender YLE greift in seinen Sendungen regelmäßig die Probleme der gegenseitigen Beziehungen zwischen der finnischen Wirtschaft und dem russischen Markt auf - von den traditionellen Diskussionen über die hohen Standards der Geschäftsethik und

der Unternehmensmoral bis hin zur Beschreibung ganz alltäglicher Ereignisse im Leben bestimmter Unternehmen.

Hier ist eine solche Situation, ganz typisch für ein Unternehmen aus einem kleinen Land neben seinem großen Nachbarn: "Das Technologieunternehmen Raute geht seine Projekte in Russland eines nach dem anderen durch und prüft, ob sie fortgeführt werden können. Die Ereignisse in der Ukraine stellen ein großes Risiko für das Geschäft von Raute dar, einem Hersteller von Holzverarbeitungsmaschinen. Fast 40 % der Neuaufträge des Unternehmens kamen im vergangenen Jahr aus Russland. Der Wert der Aufträge in Russland beläuft sich auf 79 Mio. €. Die Lieferleistung wird u. a. durch die Wirtschaftssanktionen im Zahlungsverkehr beeinträchtigt. Das Unternehmen beobachtet die Situation bei seinen Projekten in Russland genau. Zumindest einige von ihnen werden sich voraussichtlich verzögern oder unterbrochen werden". Die Unternehmensleitung teilte dem Journalisten auch ihre Bedenken über mögliche Entlassungen mit.

Es handelt sich um eine recht gewöhnliche, aber typische Veröffentlichung, die sich in etwa auf einer emotionalen Ebene mit den Beschreibungen der Probleme von Fazer (15 % seiner Einnahmen stammen vom russischen Markt) oder Nokian Tires befindet, das 80 % seiner Kapazitäten in Russland, in der Nähe von Vsevolozhsk, hat und dessen Aktienkurs seit Beginn des Konflikts um 30 % gefallen ist.

Und hier kann man die Finnen nur um ihre Gelassenheit und ihren Seelenfrieden beneiden: Die Reaktion führender Wirtschaftsbeobachter auf die schlechten Aussichten vieler nationaler Wirtschaftsführer ist bemerkenswert gelassen und drückt sich eher in Kategorien der moralischen Tapferkeit und der Hingabe an moralische Werte als in Pragmatismus aus.

Wenn wir versuchen, einige allgemeine Ergebnisse zusammenzufassen, dann müssen wir zugeben, dass derzeit keine der Wirtschaftspublikationen in der Lage ist, die vollständige Disposition der Kräfte auf dem Feld der wirtschaftlichen Kämpfe darzustellen. Die Leser und vor allem die Unternehmen, die aktuelle Informationen als Grundlage für eine gewisse Zukunftsplanung benötigen, werden sich noch einige Zeit auf ihre eigene Intuition und ihr Glück verlassen müssen.

Welt:

Deutschland zahlt täglich 116 Millionen Euro an Russland – mehr als vor dem Krieg (W)

Krieg und Sanktionen lassen zwar die deutschen Exporte nach Russland einbrechen. Doch die Einfuhren erreichen das höchste März-Niveau seit 2013. Es gibt dafür zwar einen plausiblen Grund. Doch klar ist: Deutschland verfehlt eines der Hauptziele seiner Handelspolitik.

Raus aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland – schon um dem Präsidenten Wladimir Putin die Möglichkeit zu nehmen, aus Erlösen im internationalen Handel Krieg und Terror zu finanzieren: Dieses Ziel europäischer Politik ist weithin unbestritten.

Von dieser Überlegung hin zu Sanktionen ist es nicht weit. Von dieser Überlegung hin dazu, dass der russischen Wirtschaft und dem Putin-Regime tatsächlich der Zugang zu Erlösen in ausländischer Hartwährung erheblich eingeschränkt wird, kann der Weg demgegenüber ein langer sein.

Ein Schlaglicht darauf wirft die neue deutsche Außenhandelsstatistik, die das Statistische Bundesamt jetzt veröffentlicht hat. Sie liefert erste, noch grobe Zahlen für den Monat März 2022 – jenen ersten vollen Monat also seit Beginn des Überfalls Putins auf die Ukraine. Die ersten Sanktionspakete waren noch im Februar beschlossen worden, weitere folgten im März.

Bei den deutschen Ausfuhren, so erweist sich nun, zeigten die Sanktionen die erhoffte Wirkung, darauf jedenfalls deuten die heimischen Exporterlöse im Russlandgeschäft im März hin. Sie nämlich sanken gegenüber Februar um 62 Prozent auf 900 Millionen Euro. Damit fielen die monatlichen Einnahmen aus Russlandexporten erstmals seit 2004 wieder unter die Milliardengrenze, zeigt ein Blick in die Datenbank von Destatis; in den zwölf vorvergangenen Monaten hatten die Erlöse durchgängig bei mehr als zwei Milliarden Euro gelegen.

Der Zugang Russlands zu deutschen Waren ist also erheblich erschwert – wobei nicht klar ist, welchen Anteil daran die Sanktionen haben und welchen die freiwilligen Selbstbeschränkungen der hiesigen Wirtschaft oder Devisenknappheiten auf russischer Seite.

Ganz anders allerdings ist die erste Bilanz auf der Importseite. Auch hier verzeichnet die Destatis-Auswertung zwar einen Rückgang – von 3,69 auf 3,60 Milliarden Euro. Das entspricht aber nur einem kleinen Minus von 2,4 Prozent. Von einem Einbruch kann also gar keine Rede sein. Je Kalendertag haben deutsche Importeure ihren russischen Partnern demnach im Durchschnitt 116 Millionen Euro gezahlt, Sanktionen hin oder her.

Sind 3,6 Milliarden Euro nun wenig oder viel?

Im Vergleich zu den bisherigen Hilfszusagen Deutschlands für die Ukraine ist das eher viel. So beliefen sich alle Zusagen der Bundesrepublik für militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung bis einschließlich 23. April auf gerade einmal die Hälfte der Summe: Laut Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft kamen bis dahin 1,8 Milliarden Euro an deutschen Zuwendungen zusammen.

Im historischen Vergleich entsprechen die 3,6 Milliarden ebenfalls einem hohen Niveau. Bei mehr als 3,5 Milliarden Euro lagen die deutschen Importe, von den vergangenen wenigen Monaten abgesehen, zuletzt im Januar 2014 – und damit vor der gewaltsamen Annexion der Krim durch Putin. Oder anders formuliert: In keinem März seit 2013 lagen die Überweisungen Deutschlands so hoch wie in diesem Jahr.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich sogar ein kräftiges Plus von 44 Prozent.

Damit hat Russland im Jahresvergleich für Deutschland als Lieferant sogar an Bedeutung gewonnen. Im März 2021 lag Russland mit seinen Warenlieferungen im Ranking der

deutschen Handelspartner auf Platz 15. Im März 2022 dagegen hatte es sich an Spanien und Ungarn vorbei auf Platz 13 vorgeschoben.

Nun heißen höhere Umsätze im Außenhandel nicht unbedingt, dass auch tatsächlich mehr Waren geliefert worden wären. Es kann auch sein, dass höhere Umsätze vornehmlich oder allein auf höhere Preise zurückzuführen sind.

Dies ist denn auch natürlich im aktuellen Umfeld stark gestiegener Energiepreise eine plausible Erklärung für die im Jahresvergleich gewachsenen Importwerte (die vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamts liefern hierzu keine Aufklärung).

Doch im Kern ändern würde das nichts: Das Ziel, Putin von Erlösen aus dem Außenhandel abzuschneiden, ist zumindest mit Blick auf die deutschen Importe im März klar verfehlt worden.

Tagesschau

[Rezessionsgefahr steigt: Krieg lässt Industrieaufträge einbrechen | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/industrieauftraege-rezessionsgefahr-20220301)

Die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine für die Wirtschaft zeigen sich immer deutlicher: Die Aufträge der deutschen Industrie sind eingebrochen. Eine Rezession werde immer wahrscheinlicher, warnen Experten. Die deutsche Industrie hat im ersten Monat nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine einen unerwartet starken Auftragsrückgang erlitten. Die Unternehmen sammelten im März vor allem wegen eines schwachen Auslandsgeschäfts 4,7 Prozent weniger Bestellungen ein als im Vormonat, teilt das Statistische Bundesamt mit. Das ist der stärkste Einbruch seit Oktober 2021. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Experten hatten lediglich mit einem Minus von 1,1 Prozent gerechnet. Bereits im Februar waren die Bestellungen geschrumpft, mit minus 0,8 Prozent allerdings weit weniger stark.

"Damit zeigt sich im ersten Monat des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bereits ein deutlicher Effekt der gestiegenen Unsicherheit auf die Nachfrage", kommentierte das Bundeswirtschaftsministerium. Eine rasche Besserung wird nicht erwartet. "Der Ausblick für die nächsten Monate fällt derzeit gedämpft aus", so das Ministerium. Das sehen Ökonomen ähnlich. "Die Sommermonate werden für die deutsche Volkswirtschaft vermutlich zu einer Durststrecke werden, die Belastungen sind gegenwärtig zu groß", sagte der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel. "Eine Rezession wird immer wahrscheinlicher." Diese konnte im ersten Quartal mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent noch knapp vermieden werden.

Wie es nun für die Konjunktur weitergeht, hängt entscheidend vom Krieg ab. "Je länger der Ukraine-Krieg dauert, desto mehr werden Auftragsstornierungen folgen", warnte der Chefvolkswirt der Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG, Alexander Krüger. "Der Krieg in der Ukraine und die neuen Verwerfungen in der Lieferkette in China werden in den kommenden Monaten den Druck auf die Aufträge und damit auf die gesamte Wirtschaft erhöhen", meint auch Carsten Brzeski, Experte bei ING.

Großes Minus bei den Auslandsaufträgen

Der Rückgang ist insbesondere auf deutlich geringere Auslandsaufträge zurückzuführen: Deren Volumen fiel um 6,7 Prozent niedriger aus als im Februar. Dabei nahm das Neugeschäft außerhalb der Euro-Zone um 13,2 Prozent ab, das aus der Währungsunion wuchs hingegen um 5,6 Prozent. Die Inlandsaufträge sanken um 1,8 Prozent. Besonders Investitionsgüter wie Maschinen, Fahrzeuge und Anlagen waren weniger gefragt. Denn Unternehmenskunden halten sich mit größeren Ausgaben derzeit zurück: Hier brach die Nachfrage um 8,3 Prozent ein.

Welt

„Ein Stromausfall zieht Dominoeffekte nach sich“ (W)

Bürger sollen Notvorräte für den Krisenfall anlegen, so Innenministerin Nancy Faeser. Doch wie gut sind Wirtschaft und Staat auf eine akute Gefährdung im Zuge des Kriegs in der Ukraine und mögliche russische Cyberattacken vorbereitet? Experten sehen empfindliche Lücken.

Zehn Tage sollte man mit Essen und Trinken überbrücken können, „bis staatliche Hilfe eintrifft oder die Notsituation ausgestanden ist“. Dies schreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) auf seiner Homepage.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) appellierte im Interview mit dem „Handelsblatt“ kürzlich, dass es für den Fall, dass „mal länger der Strom ausfällt oder das tägliche Leben auf andere Art und Weise eingeschränkt wird“, sinnvoll sei, „einen Notvorrat zu Hause zu haben“ – angesichts der aktuellen Krisen wie Pandemien, Klimafolgen, Kriegsgefahren.

Auch Andreas Kling, Berater für kritische Infrastrukturen und Bevölkerungsschutz, mahnt, aktuell werde die private Vorsorge noch wichtiger als sowieso schon. „Die Gefahr für Cyberangriffe ist mit dem Krieg in der Ukraine deutlich höher als zuvor.“ Bereits zu Kriegsbeginn stellte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine „erhöhte Bedrohungslage für Deutschland“ fest.

Seit Anfang April gab es in Deutschland mehrere Cyberangriffe, unter anderem auf den Windturbinenhersteller Nordex, wenn auch ohne langfristige Effekte. Michael Wiesner, Sprecher der AG Kritis, einer unabhängigen Arbeitsgemeinschaft, die sich um kritische Infrastrukturen in Deutschland kümmert, meint, dahinter könnten prorussische Cyberkriminelle stehen, sicher sagen lasse sich das aber nicht.

Stromausfall als Worst-Case-Szenario

In der Ukraine und den USA sollen Hacker bereits versucht haben, die Stromversorgung lahmzulegen. „Deutschland könnte auch als Kollateralschaden von einem Angriff auf ukrainische Systeme betroffen sein“, sagt Wiesner. „Wenn zum Beispiel ein Schadprogramm eingesetzt wird, das sich automatisch im Internet ausbreitet.“

Als Worst-Case-Szenario erachtet Wiesner eine auf Deutschland zielende Cyberattacke, die in mehreren Bundesländern für Stromausfall sorgt. Da das Stromnetz europaweit gleichgeschaltet ist, könnten Leitungen im Ernstfall nicht so leicht wiederhergestellt werden, dies könne Tage dauern. „Der Fall wurde meines Wissens europaweit noch nie wirklich geübt“, sagt Wiesner.

Käme es in Deutschland zu einem Blackout, könnte es heikel werden, wenn eine Supermarktkette wie Aldi nicht mehr mit neuen Waren beliefert werden kann, meint Berater Andreas Kling, weil der Logistikdienstleister keine Touren mehr planen kann. Nach nur wenigen Tagen wären die Grundnahrungsmittel ausverkauft. „Ich vermute, Behörden und Regierungsorganisationen wären zudem selbst erstmal in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt.“

Einen privaten Vorrat für etwa fünf Tage hält Kling daher für sinnvoll. „Wirklich für zehn Tage gerade Wasser zu bevorraten, ist praktisch schwer möglich, nicht jeder hat genügend Stauraum für 20 Liter Wasser pro Person.“

Eine strenge Liste, welche Lebensmittel zu bevorraten sind, führt Kling für sich und seine Familie nicht – wie das BBK empfiehlt er, zu bevorraten, was man sonst auch aufbraucht. Wichtig sei zudem ein Campingkocher, eine Kurbel-Taschenlampe und ein Kurbelradio, mit dem sich die aktuelle Situation nachvollziehen lasse.

Klar ist für Kling jedoch auch: Nicht alle Bürger werden vorsorgen. Daher befürwortet er eine Orientierung am Schweizer Modell. „Dort sind Händler dazu angehalten, für sogar teilweise 120 Tage ein Pflichtlager mit Vorräten anzulegen.“ In Deutschland lagere der Bund Getreide ein, Linsen, Milchpulver oder Zucker, im Zuge der Pandemie wurden medizinische Vorräte und Notstromaggregate verstärkt. „Aber die Mengen sind begrenzt.“

Nachholbedarf sieht Kling auch bei der Kommunikation des Bundes mit den Firmen. „Es braucht Notfallpläne für die Lieferung zumindest von Grundnahrungsmitteln“, sagt er. „Außerdem müssten Supermärkte zu Notstromaggregaten verpflichtet werden, damit Kassen, Licht, Türen und Kühlung noch funktionieren, wenn der Strom ausfällt.“ Ansonsten würden solche Maßnahmen sonst als Erstes eingespart.

Welche weitreichenden Folgen ein Stromausfall haben kann, zeigte sich im Februar 2019 in Berlin-Köpenick, wo bei Bauarbeiten Hauptstromkabel beschädigt wurden, 31.000 Haushalte waren betroffen, 31 Stunden dauerte der Ausfall. „Das Krankenhaus hatte zwar ein Dieselaggregat, der war nach ein paar Stunden jedoch leer“, sagt Christian Webersik, Professor für Management in der Gefahrenabwehr an der Akkon-Hochschule in Berlin.

Ein Stromausfall ziehe Dominoeffekte nach sich

Patienten, die an Geräte angeschlossen waren, mussten damals evakuiert werden. Außerdem funktionierte der Notruf nicht mehr, da die Telefonmaste ohne Strom ausfielen. Die Polizei stellte sich daher an strategisch wichtigen Orten auf, um Notrufe über analogen

Funk weiterzugeben. „Der Fall zeigt, dass ein Stromausfall Dominoeffekte nach sich zieht“, sagt Webersik. „Und dass wir nicht optimal vorbereitet sind.“

Für den Notfall zu proben sei gerade im Krankenhaus schwierig, man wolle ja keine Patienten in Lebensgefahr bringen. Und wenn es bisher Übungen oder Risikoanalysen gegeben habe, seien sie oft nicht in politisches Handeln umgesetzt worden, kritisiert Webersik.

Experte Wiesner sieht strukturelle Probleme. „Das BSI muss personell stärker ausgestattet werden“, sagt er. „Außerdem müssen die Verantwortlichkeiten für die Cybersicherheit stärker beim BSI gebündelt werden. Bei einem Cyberangriff muss unter Umständen innerhalb weniger Minuten reagiert werden. Wenn dann erst die Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Kommunen einbezogen werden müssen, geht das natürlich nicht.“

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](http://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;

- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPubLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[♥ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

